

BLÄTTER FÜR WELTPOLITIK

Preis 30 Pfg.

Deutscher Lebensraum

Aus dem Inhalt

Weltmächte und Weltkräfte:

Die Genfer Tragödie

Arabien von heute

Die Mossul-Frage

Die deutschen Kolonien in Uruguay

Das Jahr der großen Entscheidungen

Heft 12

Inhalt:

Weltmächte und Weltkräfte (von Dr. P. Mohr):	
Die Genfer Tragödie	1
Arabien von heute (von W. Gauß, Stuttgart)	5
Die Mossul-Frage	11
Die deutschen Kolonien in Uruguay (von Schul- amtsleiter Schleifer, Ulmenau)	14
Das Jahr der großen Entscheidungen	17
Blick nach außen	23
Aus fremden Räumen	26
Aus deutschen Kolonien	30
Industrienachrichten	32
Bücher- und Zeitschriftenschau	34

Aus dem Inhalt des Heftes Nr. 11

Weltmächte und Weltkräfte (von Dr. P. Mohr):	
Gespräch über den Rhein	1
Kriegslehren und Kriegsfolgen	4
Nationalsozialistische Rechtsanwendung (von Dr. Werner Spohr, Kiel)	7
West-östlicher Diwanstreit	11
Die Machtverschiebungen im Fernen Osten	16
Blick nach außen	20
Aus fremden Räumen	26
Aus deutschen Kolonien	28
Bücher- und Zeitschriftenschau	29

Neuer Bezugspreis ab 1. Januar 1936.

Wir bitten freundlichst zu beachten, daß ab 1. Januar d. J. der Bezugspreis der Zeitschrift bei vierteljährlichem Bezug RM 1,20 beträgt; halbjährlich RM 2,40, jährlich RM 4,80. Dazu Bestellgeld.

Ein Postscheckformular fügen wir bei.

Wir bitten um umgehendste Mitteilung über den Weiterbezug der Zeitschrift, damit keine Verzögerung in der Zusendung erfolgt.

Man verlange Probenummer!

Deutscher Lebensraum

Blätter für neue deutsche Raum- und Bevölkerungspolitik

Vierteljährlicher Bezugspreis ab 1. Januar 1936 RM 1,20 zuzüglich Bestellgeld.

Bestellungen nur an die Geschäftsstelle. — Postverlagsort Teltow.

Auslieferung für Buchhandel: L. A. Rittler, Leipzig.

Monatliches Erscheinen. — Nachdruck einzelner Artikel verboten. — Auszüge nur bei genauer Quellenangabe gestattet. — Alle Schreiben sind nur zu richten an die Geschäftsstelle: Teltow/Mark, Adolf-Hitler-Straße 6, Ruf: S. 4 (Zehlendorf) 1050. — Für unverlangte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. — Rücksendung erfolgt nur, wenn Porto beigelegt. — Postscheckkonto: „Deutscher Lebensraum“, Berlin 52446.

3. Jahrgang

Nummer 12

1935

Weltmächte und Weltkräfte

Die Genfer Tragödie

Von Dr. Paul Mohr.

Der Friedensplan ist tot. — Die gescheiterte Sanktionspolitik. — Englands und Frankreichs wachsende Schwierigkeiten. — Ablehnung der Vorschläge durch Italien und Abessinien. — Der Völkerbund versagt. — Der mißhandelte Pakt.

Die Friedenstaube, die von den beiden vom Völkerbund beauftragten Großmächten in Paris losgelassen wurde, hat weder in Rom noch in Adis Abeba ein Ruheplätzchen gefunden. Sie ist nach raschem Fluge wieder an ihren Ausgangsort zurückgekehrt. Die Friedensvorschläge, die sie überbrachte, entfernten sich nicht weit von denjenigen, die schon vorher durch die französische Indiskretion bekannt geworden waren. . . Sie wurden dem italienischen Regierungschef mit einer Einleitung, die zugleich die Form eines lebhaften Appells an Mussolini zur unverzüglichen Aufnahme von Verhandlungen enthielt, früher überreicht als dem Fünferausschuß bzw. dem Völkerbund, in dessen Auftrage sie doch ausgearbeitet waren. Sie sollten die Verhandlungsgrundlage bilden für die Erörterungen, die später vor dem Komitee stattfinden sollten. Die Verfasser schlossen mit der Betrachtung, daß sie überzeugt wären, daß der italienische Regierungschef den freundschaftlichen Geist würdigen würde, der sie bei diesem Schritt befehl habe und richteten an ihn den warmen Appell, daß er ohne Verzögerung sich zu Verhandlungen ansetze, die die günstigsten Aussichten für eine Besserung der internationalen Lage erschließen. An den Negus war kein warmer Appell gerichtet worden.

Das erste Opfer, das über den Friedensplan gestürzt ist, war der englische Außenminister Hoare selbst. Andere Opfer dürften folgen. Die Verwirrung ist auf das höchste gestiegen. Der Friedensplan sah einen Gebietsaustausch vor und eine Siedlungszone in Südbessinien, die ein integrierender Bestandteil Abessiniens bilden würde. Hier würde Italien Wirtschaftsrechte ausschließlicher Art genießen, die von einer privilegierten Gesellschaft oder einem ähnlichen wirtschaftlichem Gebilde verwertet werden könnten. Die Gesellschaft sollte die Verpflichtung übernehmen, zum wirtschaftlichen Aufbau des Landes beizutragen und einen Teil ihrer Gewinne im sozialen

Interesse zugunsten der Eingeborenenbevölkerung zu verwenden. Die Kontrolle der abessinischen Verwaltung in dieser Zone würde unter der Souveränität des Kaisers von Abessinien von den Diensteinrichtungen ausgeübt werden, die in dem vom Völkerbund ausgearbeiteten Beistandsplan vorgesehen sind. Italien hätte bei diesen Dienst-einrichtungen, die von einem der bei der Zentralregierung eingesetzten Delegierten abhängen würde, einen überwiegenden, aber nicht ausschließlichen Anteil. Der Dele-gierte könnte italienischer Nationalität sein und der Stellvertreter des ersten Dele-gierten des Völkerbundes beim Kaiser von Abessinien. Dieser Vertreter des Völker-bundes wäre nicht Staatsangehöriger einer der an Abessinien angrenzenden Mächte.

Was den vorgeschlagenen Gebietsaustausch betrifft, so sollte das östliche Tigre an Italien fallen. Grenzfluß sollte der Fluß Gewa sein und im Westen eine nord-südliche Linie, die zwischen Aksum, das Abessinien verbleibt, und Adua liegt.

Ein Teil der Danakilzone sollte gleichfalls an Italien fallen. Doch sollte Abessinien einen Zugang zum Hafen von Assab erhalten. Dazu sollte Italien einen an der Nordgrenze von französisch-Somaliland angrenzenden Gebietsstreifen abtreten.

Des weiteren war auch ein größerer Teil der Ogadenzone an Italien abzutreten. Die Grenze sollte in der Höhe von Dolo in nordöstlicher Linie verlaufend den Wad Schebeli bei Jdolo schneiden.

Die Aufnahme, die dieser Friedensplan in der ganzen Welt gefunden hat, ist eine fast einheitliche Ablehnung. Die Zerstückelung Abessiniens nennt der „Daily Herald“ eine Landräuberei größten Stils. Sowohl in England wie in Frankreich ist die Opposi-tion verstärkt worden. Die englische Arbeiterpartei hat gegen die Regierungspartei in schärfster Weise mobil gemacht. Die „Times“ schreibt daß der Friedensplan sowohl für den Negus wie für den Völkerbund unannehmbar ist. Indessen sei nichts Unwiderrussliches geschehen. Die Aufgabe müsse von neuem in Angriff ge-nommen werden.

In Frankreich haben die Linksparteien, nicht nur die beiden Arbeiterparteien, son-dern auch die Radikalsozialisten, wieder Oberwasser erhalten und zu enem heftigen Vorstoß gegen Caval ausgeholt. Caval's Italienfreundschaft ist den Männern um Herriot, Daladier und Pierre Cot, der ein alter Ruffenfreund ist, stets verdächtig gewesen. Wenn der französisch-englische Plan gelungen wäre, wäre das kollektive Sicherungs-system in sich zusammengebrochen und hätte einen Kurswechsel in der englischen Außenpolitik herbeigeführt. Daß ein solcher Kurswechsel erfolgen würde, darüber hat der englische Außenminister keinen Zweifel gelassen.

Auch die kleinen Mächte sind durch diesen Friedensplan, der über dem Kopf des Völkerbundes zustande gekommen ist, aufs stärkste betroffen. Sie fühlen, daß der Völkerbund keine Sicherungseinrichtung mehr ist. Benesch, der soeben neuernannte Staatspräsident der tschechoslowakischen Republik, spricht in „Journal des Nations“ geradezu von einem „Verrat am Völkerbund“. Der Vertreter Haitis in Genf hat die bezeichnende Aeußerung getan: Hüten wir uns, morgen das Abessinien von jemand anderem zu werden! Der Gedanke ist allgemein, daß dieser Friedensplan für den Angreifer eine Prämie darstellt.

Die Auffassung Abessiniens zu den Friedensvorschlägen ist bereits durch den Ge-sandten Abessiniens in Paris in einer Denkschrift an den Generalsekretär des Völker-bundes niedergelegt worden. Die Erklärung stützt sich auf eine Verletzung des Ar-tikel 10 des Völkerbündpakttes. Kein Organ des Völkerbundes sei befugt, einem Mitgliedsstaat eine Gebietsabtretung oder auch nur einen Gebietsaustausch aufzuer-legen oder anzuraten. Unter dem Deckmantel eines Gebietsaustauschs versuchen die Pariser Vorschläge Abessinien eine Gebietsabtretung aufzuerlegen bzw. anzuraten.

Kein Organ des Völkerbundes sei befugt, einem Mitgliedsstaat die Einräumung von wirtschaftlichen Vorrechten für einen Teil seines Gebietes einem dritten Staat gegenüber anzuraten bzw. aufzuerlegen.

Kein Organ des Völkerbundes hat die Befugnis, einem Mitgliedsstaat eine aus-ländische Kontrolle seiner Verwaltung noch die Ernennung von Beratern aufzuer-legen. Nur der Mitgliedsstaat selbst hat das Recht, den Völkerbund um eine solche Kontrolle zu ersuchen. Der Bund hat dann die Pflicht, ihm diese zu gewähren. Die aber kann nur die Form einer uneigennütigen Mitarbeit haben, das heißt, sie muß kollektiv und international sein, sowie dem Staat, dem sie gewährt wird, vollständige Freiheit in der Wahl der ausländischen Berater haben.

Die vollständige Abtretung eines Landstreifens und des Hafens Assab wäre eine reine Scheinlösung. Da Italien ein Kontrollrecht über das abgetretene Gebiet von den Mächten versprochen wäre, so würde es nur von Italien abhängen, durch einen Handstreich dieses Gebiet der freien Benutzung Abessiniens zu entziehen.

Inzwischen hat die abessinische Regierung offiziell die Friedensvorschläge abgelehnt. Sie böten Italien eine Handhabe zu einem dritten Versuch, Abessinien zu erobern. Des weiteren heißt es in der amtlichen Erklärung, daß die Kaiserliche Regierung über-zeugt sei, daß der Völkerbundsrat die Vorschläge nicht annehmen werde, da sie einen Angriff auf die Souveränität Abessiniens darstellen, zugunsten eines be-reits als Angreifer verurteilten Staates.

Die italienische Presse hat die Vorschläge in schärfster Form zerpflückt, allen voran der „Popolo d'Italia“, der aufs neue den Angriff gegen die plutokratisch-imperialistischen Mächte wiederholt, die sich die besten Gebiete angeeignet hätten und sie dem proletarischen Italien versagten, obwohl sie bevölkerungsarm seien. Das Italien, das den Sanktionen, die die imperialistischen Mächte mit Hilfe anderer 50 Staaten ins Werk gesetzt hätte, siegreich widerstehe, werde sich niemals zähmen lassen.

Mussolini selbst hat bei der feierlichen Einweihung des neuen Kolonialdorfes Pon-tinia in den pontinischen Sümpfen erklärt, daß Italien niemals seine Söhne in Ge-biete entsenden werde, die nicht von der italienischen Fahne geschützt wären.

Italien will also Gebiete oder Wirtschaftssphären ablehnen, die nicht vollkommen unter italienischer Obhut stünden. Wie sich andere italienische Stimmen die an Italien zu leistenden Entschädigungen denken, zeigt ein Artikel des „Lavoro Fascista“. Dieser fordert die Möglichkeit, die Bodenschätze von Aussa und Harrar ausbeuten zu können. Ferner will sie die Schaffung eines Hafens für Abessinien nicht zulassen. Die Ge-währung eines Zuganges zum Meere entspräche nicht den französisch-italienischen Ver-einbarungen vom 7. Januar 1935.

Der Friedensplan biete den Italienern keine militärische Sicherheit ihrer Kolonialarbeit.

Alle Ausländer, die als militärische Berater in der abessinischen Armee tätig sind, seien zu entlassen.

Die Gegensätze scheinen somit gänzlich unüberbrückbar. Der Friedensplan, an dem bedeutende Sachverständige sowohl Frankreichs wie Englands mitgearbeitet haben, wie Sir Vansittart und Graf Saint Quentin, ist tot. Er ist torpediert worden. Vielleicht ist er nur halbtot, bis die Waffen eine Entscheidung herbeigeführt haben. Denn die Waffen haben wieder zu sprechen angefangen. Vom Takassefluß aus haben die Abes-sinier zwei gewaltsame Vorstöße gemacht, die beiderseits zu den ersten größeren Ver-lusten geführt haben.

Außer den militärischen Folgen aber wird er solche politischer Natur im reichsten Maße haben. Nicht nur für den Völkerbund, auch für die gesamteuropäische Politik.

Ganz besonders steht Großbritannien vor weitreichendsten Entscheidungen. Es hat in der Welt einen Teil seines hohen Ansehens eingebüßt, als es wohl oder übel den Weg der Realitäten gehen wollte. Dadurch mußte es mit der Völkerbundsmaschinerie in Konflikt geraten. Die Wucht der Tatsachen hat gesiegt. Unter ihrem Zwange haben sich Baldwin und Sir Hoare gebeugt, unter dem Zwange der Tatsachen haben sie den Sanktionskrieg als unausführbar erkannt und sind vor seiner schärfsten Anwendung zurückgewichen.

Die englische Weltpolitik steht unter einem überaus hohen Druck. Englands einzigartige Stellung im Mittelmeer hat einen starken Stoß erlitten. Italien steht heute im Roten Meer und an der Straße von Bab el Mandeb in ganz anderer Position als vor 8 oder 9 Monaten. Es wird auch seine Stellung hier mit allen Mitteln ausbauen.

Dazu kommt, daß die nationalistische Bewegung in Ägypten einen Sieg errungen hat. Sämtliche Parteien haben sich zu einer Einheit zusammengeschlossen. Die von König Fuad 1923 eingeführte Verfassung ist durch ein Dekret vom 12. Dezember wiederhergestellt worden. Das Ziel Ägyptens ist die Erringung der vollen Unabhängigkeit vom britischen Reich. Die Aufhebung des englischen Protektorates war bereits 1922 von Lloyd George im Unterhaus verkündet worden. Es blieben nur die bekannten Einschränkungen zur Sicherung der englischen Verbindungslinien, der Schutz der ausländischen Interessen und Minderheiten sowie die Sicherung der englischen Interessen im Sudan.

Das Verhältnis Ägyptens zu England ist staatsrechtlich von einer Unbestimmtheit, die kaum zu definieren ist. Trotz der Ungeklärtheit der Fragen hat England nachgegeben und erst später wird sich zeigen, was England hier an wirklicher Macht eingebüßt hat.

Wenn man die englische Politik im vorliegenden Falle des genaueren betrachtet, dann wird man hier, wie so oft, die typischen Grundzüge einer lange und oft geübten Politik erkennen. Sie sucht irgendeinen praktischen Weg. Führt er nicht zum Ziele, dann wird er wieder verlassen. Man scheut sich, irgendeine endgültige Lösung herbeizuführen, in der Hoffnung, daß es vielleicht möglich ist, allmählich zu einer noch besseren Lösung zu gelangen.

In dieser Hinsicht kann auch der abessinische Konflikt als ein Musterbeispiel englischer Behandlungsweise angesehen werden. Es wird vielleicht einmal ein Thema werden, das sich in hervorragender Weise für eine tiefschürfende Doktorarbeit eignet. Thema würde sein: Warum mußte der Völkerbund versagen?

Es gab einmal — das war zuerst der Fall — einen Streit Italien contra Abessinien. Und es gab einen Streitfall England contra Italien. Es war dies ein getarnter Krieg. Beide Mächte bezogen Kriegsstellungen. Der Krieg ist ja nach Napoleon eine affaire des positions. Noch heute stehen die beiden Gegner Gewehr bei Fuß. Die alte Krise ist tot. Die neue beginnt. Die Waffen werden den gordischen Knoten durchhauen. Es gab dann einen Streitfall Völkerbund contra Italien. In diesem Streitfall wurde beschlossen, gewissermaßen ein Exempel zu statuieren. Gegen den Angreifer wurden alle Maßnahmen getroffen, um ihn als Friedensstörer zu richten und vom Kriege abzuhalten.

Die Sühnemaßnahmen führten zu keinem Ergebnis. Sie mußten auf Verlustkonto gesetzt werden. Man fand bald, daß der Schaden, der vielen erwuchs, größer war, als man gedacht hatte. So ergab sich, daß der Völkerbund selbst mehr Schaden anrichtete als Nutzen brachte.

Europa ist uneiniger denn je. Der Völkerbund steht vor einem Neubau. Das ist eins der Ergebnisse, die dieser Streitfall gezeitigt hat. Der Bund ist haufällig. Wann werden die Architekten für diesen Um- und Neubau sich zusammenfinden?

Arabien von heute

Von Walthar Gauß, Stuttgart.

Seit ungefähr 20 Jahren hat sich die Geschichte Arabiens wieder intensiver mit der Europas verknüpft und wir alle erinnern uns noch der schweren Kämpfe deutscher Truppen in jenem fernen Lande, welche in gewisser Parallele zu den Kreuzzügen der Hohenstaufen-Kaiser stehen und deren Auswirkungen sich kulturell und politisch noch auf Jahrzehnte hinaus fühlbar machen werden.

Arabien war bei Ausbruch des Krieges 1914 theoretisch wohl ein Teil des türkischen Reiches, in Wirklichkeit aber, mit Ausnahme von wenigen Orten, vollständig unabhängig, ja der Türkei gegenüber feindlich eingestellt. So kam es, daß England im Laufe des Krieges danach trachtete, die Eingeborenen-Stämme dieser riesigen Halbinsel für sich zu gewinnen und durch Bestechung und Versprechungen die Scheiks an seine Fahne zu fetten. Zunächst waren die Araber nicht bereit, sich für die eine oder andere Seite zu entscheiden und erst als die britische Regierung in Ägypten 1915 die Verbindung mit Mekka aufgenommen hatte und zu einer Verständigung mit dem damaligen Scherif Hussein Ibn Ali, Emir von Mekka, gekommen war, gelang es England, politisch in Arabien Fuß zu fassen. Genau vor 20 Jahren erklärte Scherif Hussein, daß er bereit wäre, mit England wegen Eintritt in den Krieg gegen die Türkei und ihre Verbündeten zu unterhandeln. Diese Verhandlungen, welche auf britischer Seite Sir Henry MacMahon, damals „High Commissioner“ in Ägypten, führte, zogen sich bis Juni 1916 in die Länge.

Es ist von Wichtigkeit, die Bedingungen zu kennen, unter welchen die britische Regierung sich mit den Arabern und mit Scherif Hussein „für alle Zeiten verbunden“ erklärte, „falls England durch siegreiche Beendigung des Krieges in der Lage wäre, sie zu erfüllen“. Als Belohnung für Arabiens Dienste wurde die arabische Unabhängigkeit mit ganz genau umrissenen Grenzen des Gebietes garantiert. Es sollte die ganze große arabische Wüste, sowie alle Küsten — mit Ausnahme des britischen Protektorates von Aden —, sowie ganz Syrien und Palästina umfassen. Von Transjordanien war damals noch nicht die Rede, weil dieses Land als separate politische Einheit noch gar nicht existierte. Doch war in kleinsten Details festgelegt, was ein für allemal den Arabern gehören soll, vorausgesetzt, daß sie zur Befiegung der Türken, und damit indirekt auch zur Vernichtung der Verbündeten, beitragen würden.

Scherif Hussein akzeptierte diese Bedingungen und mit Beginn des Monats Juni 1916 entfaltete er die Flagge des Aufstandes gegen die Türken. Die anschließenden Kämpfe sind in die Geschichte des Weltkrieges eingegangen.

Während nun die Araber mit aller Bravour ihr Blut für England vergossen, um ihre Selbständigkeit und Freiheit zu erringen, verhandelte England in der Zwischenzeit über den Kopf Arabiens hinweg mit Frankreich und Rußland über die gleichen Gebiete, und die drei Länder kamen in einem Geheimvertrag darin überein, verschiedene von England den Arabern versprochene Gebiete unter sich selbst aufzuteilen.

Dieser Betrug wurde den Arabern leider erst bekannt, als die Russen im ersten Enthusiasmus der bolschewistischen Revolution den Vogel aus dem Käfig ließen und der Welt die Abmachungen der zwei imperialistischen Mächte öffentlich bekanntgaben. Es läßt sich denken, wie erschüttert die Araber waren, die inzwischen den Veröffentlichungen der Russen keinen Glauben schenkten, sondern überzeugt waren, daß England sein ihnen gegebenes Wort unbedingt halten würde. Aber England konnte und wollte wohl auch nicht von seinen nachträglichen Abkommen mit Frankreich und Rußland abgehen, und im Jahre 1917 bekannte England durch die „Balfour Declaration“, daß es sein Versprechen nicht halte, indem es für sich auch Palästina vom zukünftigen

arabischen Reich ausschloß. König Hussein verlangte Aufklärung im Namen Groß-Arabiens, welche ihm in äußerst beruhigender Weise von England gegeben wurde, aus Furcht, die arabischen Streitkräfte würden zur türkisch-deutschen Front übergehen.

Eine solche Milderung der Schlachtfrent hätte vielleicht den ganzen Weltkrieg anders aussehen lassen. Aber nochmals getäuscht durch die erneuten Versprechungen Englands stimmten die Araber mit doppelter Wut auf die türkisch-deutschen Kräfte und besiegten die Türken, bis die arabischen Führer bei der Pariser Friedenskonferenz definitiv konstatierten konnten, daß sie aufs schlimmste betrogen worden waren. Der bekannte englische Aufwiegler der Araber, Lawrence, war zusammen mit dem ihm befreundeten Feisal auf der Friedenskonferenz und beide suchten das Recht Arabiens auf Grund der Versprechungen und schriftlichen Zusagen der britischen Regierung zu erkämpfen, um Arabien unter König Hussein seine Unabhängigkeit zu geben. England suchte Hussein zu bestimmen, auf Palästina zu verzichten, da dieses Land nachträglich den Juden versprochen war, aber Hussein weigerte sich, seine Unterschrift zu leisten. Die Folge davon war, daß durch den Bruch zwischen König Hussein und der britischen Regierung Hussein von England fallen gelassen wurde und im Exil seinen Tod fand.

Nun kam Fa i s a l an die Front. Er hatte andere Ideen als König Hussein und wurde in seinen Wünschen unterstützt durch Lawrence, der keinerlei persönlichen Ehrgeiz hatte, den aber eine innige Freundschaft mit Faikal verband, und Faikal wünschte vor allem e i n e Sache. Er verlangte einen Thron, ein Königreich unter eigenem Namen, und Lawrence verschaffte es ihm, nämlich Syrien, das ihm zugeteilt wurde mit der Bedingung, daß er mit den Franzosen Frieden mache, was auch zu einer Verständigung in Paris führte. Als er aber nach Syrien zurückkam, um sein Königreich zu übernehmen, fand er, daß es unmöglich war, mit Frankreich zu arbeiten, und auch die Franzosen waren umgekehrt gleicher Ansicht. Im Laufe der Zeit verweigerte Faikal der französischen Behörde gewisse militärische Forderungen, und so kam es, daß Frankreich mit Gewalt seine Wünsche erzwang und Faikal Syrien verlassen mußte, um in die Verbannung zu gehen. Er begab sich bekanntlich damals nach Italien und verblieb dort, setzte sich mit Lawrence, der einen großen Einfluß auf die britische Regierung hatte, ins Benehmen und machte ihm bittere Vorwürfe über das gebrochene Versprechen. Schließlich ließ sich die britische Regierung von Lawrence bestimmen, Faikal ein anderes Gebiet zuzuteilen.

In der Zwischenzeit hatte die britische Regierung Irak als Kron-Kolonie, wenn auch nicht dem Namen nach, doch de facto, in Besitz genommen, und das gleiche geschah mit Mesopotamien, wo eine Revolution ausbrach, welche hauptsächlich von Faikal und König Hussein finanziell unterstützt wurde. Hierdurch mußte die englische Regierung die Situation erneut revidieren. Sie versprach, Irak an Faikal zu geben, und so kam es, daß Faikal den Thron von Irak bestieg, wo er bis zu seinem, vorwenigen Jahren erfolgten Tod verblieb. (Er starb im September 1953 in Bern eines geheimnisvollen Todes.)

Zu jener Zeit war Ibn S a u d eine ziemlich unbekannte Größe. Er war damals Emir eines Wüstenbezirkes und noch nicht König. Inzwischen hatte Hussein, der über den Gang der Entwicklung seit Kriegsabschluß verbittert und verstimmt war, Fühlung mit Zentralarabien gesucht, wo Ibn Saud sich wenig bereit zeigte, mit ihm zu verhandeln. In der Tat kam es 1919 zwischen beiden Potentaten zu einer Spannung, welche auch der englischen Regierung zu Ohren kam ohne weitere Aufregung zu verursachen, da man Ibn Saud als eine „quantité négligeable“ in Arabien betrachtete.

König Hussein begann zu rüsten. Er besaß auch große Mengen Geld und Massen von Munition, so daß er im Falle eines inner-arabischen Konfliktes ohne weiteres mit einem vollen Erfolg rechnen zu dürfen glaubte. Auch schämte sich

die englische Regierung doch anscheinend, daß sie gegenüber König Hussein wortbrüchig geworden war, und als sich die Lage zwischen Hussein und Ibn Saud zuspitzte, verlangte die englische Regierung von Ibn Saud, daß er sich den Wünschen von Hussein nicht entgegenstelle. Der Bruch zwischen Ibn Saud und Hussein erfolgte dennoch im März 1919. Aber als letzterer seine Truppen unter dem Kommando seines zweiten Sohnes, Emir Abdullah, in Marsch setzte, um die strittigen Territorien zu besetzen, wurde seine Armee in einer einzigen Nacht von den Truppen Ibn Sauds unter dessen persönlicher Führung vollständig vernichtet.

England intervenierte und rief die beiden Gegner zu einer Konferenz, welche auch im Jahre 1923 in Kuwait zustande kam. Hätte die englische Regierung die zwei Gegner allein miteinander verhandeln lassen, so wäre es wahrscheinlich zu einer Verständigung gekommen, aber durch Englands Einmischung zerbrach sich die Konferenz vollständig und ergebnislos. Ibn Saud verließ die Konferenz mit dem Selbstbewußtsein seiner ganzen bedeutenden Persönlichkeit. Die Konferenz von Kuwait dauerte bis zum April 1924. Die Folge des negativen Ausgangs war, daß im September des gleichen Jahres Ibn Saud die Kriegshandlungen wieder aufnahm, mit unwiderstehlichem Elan die Stadt Taif eroberte, die Besatzung massakrierte, im Oktober Mekka besetzte und innerhalb Jahresfrist König des Hedschas war.

Mit der Eroberung des Hedschas hatte Ibn Saud seine, vorläufig ins Auge gefaßte Reichsausdehnung erreicht. Er hatte den Thron seiner Vorfahren, der damals in Feindeshand war, in kühnem Ansturm mit einem Halbdutzend tollkühner Männer erobert. Von diesem Tage an war Ibn Saud vom Schicksal aussersehen, entweder Herrscher eines großen Reiches zu werden oder bei dem Versuch, es zu erlangen, umzukommen. Mit der Eroberung des Hedschas hatte er sein Machtgebiet abgerundet und das Ziel erreicht, das er sich als Jüngling als Gebiet eines arabischen Monarchen erträumt hatte. Als hervorragender Politiker machte er vorläufig halt vor den Gebieten, die als Mandate im Besitz von Groß-Britannien und Frankreich sind und besetzte zunächst seine Position in Arabien.

Als König Hussein die Wahabiten vor den Toren seines Reiches stehen sah, flüchtete er im Auto nach Djidda, nahm dort ein Schiff und suchte ein Asyl in Akaba, einem kleineren Hafen, der eigentlich noch zum Territorium des Hedschas gehört. Die Armee der Wahabiten folgten ihm bis weit oberhalb Medinas und bedrohten bereits die Grenzen Palästinas. Um Murruben in Palästina zu verhindern, mußte nun England ein Machtwort sprechen und englische Truppen besetzten Akaba und die Eisenbahnstationen von Maan und Mudawwara, obgleich England im Kriege zwischen Ibn Saud und König Hussein seine Neutralität erklärt hatte. Noch heute erhebt Ibn Saud Anspruch auf dieses Territorium in Nordarabien und würde dasselbe wahrscheinlich für eventuelle Dienste im italo-abeinischen Streitfall verlangen.

Wir haben nun gesehen, auf welche Weise diese „quantité négligeable“ Ibn Saud sein Reich eroberte. Nun wollen wir sehen, wie er es verwaltet:

Einst ein kleiner Beduinenscheik, allerdings von großem Ansehen, der bisher jedoch noch keine Erfahrung mit der Umwelt hatte, mußte man annehmen, daß er ein Mann war, der wahrscheinlich nicht in der Lage sein würde, den Fanatismus der Wahabiten den Erfordernissen der modernen Welt anzupassen. Nun kam Ibn Saud durch seinen Sieg in Hedschas plötzlich und unvermittelt zum ersten Mal mit der modernen Zivilisation in Berührung. Er war noch niemals mit einer europäischen Macht, außer mit Groß-Britannien, in Beziehungen gekommen, und nun fand er plötzlich in der kleinen Küstenstadt Djidda eine ganze Anzahl Großmächte, durch Konsulate vertreten, vor. Man war allgemein der Ansicht, daß, wenn die Wahabiten das Hedschas eroberten, sie sofort den Pilgerfahrten nach Mekka ein Ende setzen würden, oder daß man diese

Pilgerfahrten mindestens erheblich erschweren und auch dem Handel ein Ende setzen würde. Genau das Gegenteil war von Anfang an der Fall. Ibn Saud zeigte sich als ein Mann hoher geistiger Begabung und Anpassungsfähigkeit, der sich mit allen Kräften auf das Studium der modernen Welt legte, der sich Zeitschriften und wissenschaftliche Lektüre aus allen Ländern der Welt besorgte, um sich in kurzer Zeit große politische Kenntnisse und Wissen anzueignen und der sich als Politiker, Diplomat und Herrscher von ganz großem Format vom ersten Augenblick an, als er nach Djidda kam, zeigte. König Hussein war der Auffassung, daß Autos für Monarchen ein ganz bequemes Verkehrsmittel wären, daß es aber nicht zweckmäßig wäre, wenn Untertanen per Auto reisten. Ibn Sauds erste Handlung war, alle Einschränkungen dieser Art aufzuheben. Er suchte nach Kräften die Einfuhr von Automobilen zu heben und sie den Pilgern zur Beförderung nach Mekka und Medina zur Verfügung zu stellen. Dies hatte den ungeheuren Erfolg der Erschließung des Landes, was a u s s c h l i e ß l i c h ein persönliches Verdienst Ibn Sauds ist. Keiner der Hunderttausende von Pilgern, die jährlich nach den heiligen Städten Mekka und Medina wandern, kann sich heute beschweren, irgendwelche Schwierigkeiten bei seiner Pilgerfahrt überwinden zu müssen, die kurz zuvor noch jährlich Zehntausenden von Gläubigen durch Verdürstern, Fieber und feindliche Ueberfälle das Leben gekostet hat. Ueberhaupt hat das Automobil das Leben der Araber von Grund auf verändert, und die diesbezüglichen Maßnahmen sind vielleicht der beste Beweis für die Weitsichtigkeit und Großzügigkeit Ibn Sauds; denn in jeder großen Wüste, wie Arabien beispielsweise, sind die Verkehrsmittel von überragender Bedeutung.

Aber auch die große Bedeutung von drahtlosen Anlagen hat Ibn Saud sofort erfasst mit dem Resultat, daß alle Städte von Wichtigkeit in Arabien einem ausgedehnten Netz drahtloser Stationen angeschlossen sind, so daß Ibn Saud in der Lage ist, das ganze Land zu erfassen und gegebenenfalls rasch einzugreifen, wo es nötig ist; denn die drahtlosen Nachrichten, die er täglich aus allen Stationen seines großen Reiches erhält, geben ihm Kenntnis von den Zuständen in den einzelnen Bezirken, lange ehe die Beduinen sich untereinander verständigen können, und er ist in der Lage, blikhartig einzugreifen, wo immer es nötig ist. Dies ist eine sehr weise Vorsichtsmaßnahme, obgleich solches Eingreifen bisher wenig nötig war, da der persönliche Einfluß Ibn Sauds ungeheuer groß ist. Ein oder zweimal mußte er zwar zupacken, aber dann fiel seine Faust so schwer und so hart auf die Gegner herab, daß heute wohl kaum jemand wagt, seinen, für das ganze arabische Volk nur segensreichen Anordnungen entgegenzutreten. Ibn Sauds Charakter ist eine schöne Mischung zwischen kraftvoller Regierung und Milde, ein Charakteristikum eines Herrschers, wie es die Beduinen mit Bewunderung erfüllt.

Bisher waren europäische Mächte wenig an den Verhältnissen Arabiens interessiert, mit Ausnahme von England. In der Zwischenzeit kamen nun zwei Punkte auf die Tagesordnung, welche man kurz und schlagwortartig mit „Luft“ und „Öl“ bezeichnen kann.

Nach dem Krieg erklärten die britische Regierung und die Regierung der Verbündeten, daß sie den Wunsch hätten, alle Nationen der Erde in Unabhängigkeit und Frieden leben zu sehen. Eine dieser Nationen war P e r s i e n, und gerade in diesem Augenblick gab das Schicksal Persien einen Mann von großer Bedeutung für das Land, eine große Persönlichkeit, die England beim Wort nahm und das einst berühmte persische Kaiserreich wieder aufbaute. Persien adoptierte die gleiche Haltung, wie Ibn Saud sie immer eingenommen hat. Er wünschte keine europäische Durchdringung oder europäische Einmischung oder solche nur zu von Persien genehmigten Bedingungen. Einer der ersten Streitpunkte zwischen Persien und England war, außer der Oelförderung

und der Beteiligung Englands an den persischen Finanzen, die Frage des britischen Luftverkehrs nach dem Fernen Osten. Diese Route der „Imperial Airways“ überschritt am Persischen Golf auf mehrere hundert Kilometer persisches Gebiet, und England benötigte diese Straße nach eigenem Gutdünken, ehe der neue Pahlavi Schah aus Ruhr kam. Sowie seine Macht gefestigt war, verbat sich das persische Oberhaupt in solch energischer Weise das Ueberfliegen persischer Hoheitsgebiete, daß England nichts anderes übrig blieb, als seine Linie nach Indien auf andere Gebiete zu verlegen. Die „Imperial Airways“ mußten die England—Indien-Route auf die arabische Seite des Persischen Golfes verlegen. Zwar ist der größte Teil dieser Küste unabhängiges Gebiet unter der Herrschaft Ibn Sauds, doch sind einzelne Enklaven ausgenommen, wie beispielsweise Kuweit, Bahrein und Scharja, welche unabhängige Gebiete unter britischem Protektorat darstellten. Nur auf diese Weise war es den „Imperial Airways“ möglich, eine Reihe Flugstationen in Kuweit, Bahrein und Scharja zu errichten, ohne auf Ibn Sauds Gebiet und Widerspruch zu stoßen, obgleich die Gebiete zwischen den Stationen zu Saudisch-Arabien gehören.

Der zweite wichtige Punkt ist Ö l. Das Mutungsrecht ist schon seit über 10 Jahren umkämpft und schon im Jahre 1923 gab Ibn Saud einer britischen Gruppe im Hasa-Distrikt das Recht, nach Öl zu suchen. Die Konzessionen wurden zu beiderseitig befriedigenden Bedingungen erteilt. Doch war die englische Gesellschaft nicht richtig ausgestattet, um Oelfunde von nennenswertem Umfang zu machen; nach drei Jahren erlosch für sie das Mutungsrecht. Dieselbe Compagnie erhielt später Konzession auf der Insel Bahrein, trat jedoch die Konzession nach vergeblichen Versuchen, Öl zu finden, an eine amerikanische Gesellschaft ab, welche ihrerseits die Konzession an die „Iraq Petroleum Company“ gab, und schließlich gelangte das Recht in die Hände der „Standard Oil Company of California“, welcher es zuletzt doch gelang, Öl zu finden. Die Entdeckung von Öl in Bahrein hat die Situation Arabiens total verändert. Bahrein ist bekanntlich nur eine kleine Insel, ganz in der Nähe der Küste. Aber wenn dort Oelvorkommen konstatiert werden konnten, dann müssen auch in den umliegenden Gegenden, d. h. in Arabien selbst, Ölquellen vorhanden sein. Die „Standard Oil Company“ bemühte sich natürlich sofort um weitere Konzessionen, gleichzeitig bewarb sich englischerseits die „Iraq Petroleum Company“, welche versuchte, die „Standard Oil Company“ auszuschalten. Aber die Konzession war der amerikanischen Gruppe bereits übertragen worden, weil diese der arabischen Regierung die günstigsten finanziellen Bedingungen eingeräumt hatte. Die britische Regierung war dadurch sehr verstimmt und suchte eiligst Arrangements mit den Staaten zu treffen, welche an die arabische Küste grenzen, mit der Basis, daß diese Staaten Oelkonzessionen „nur solchen Firmen erteilen dürfen, welche der britischen Regierung genehm sind“. Mit anderen Worten, die britische Regierung hat im Interesse der britischen Oil Company interveniert, ohne auf lokale Interessen Rücksicht zu nehmen, nachdem die britische Gruppe im Gebiet von Ibn Saud ausgeschaltet war.

Dies ist die heutige Sachlage. Es haben sich inzwischen aber noch verschiedene Schwierigkeiten erhoben; denn England erklärt jetzt auf einmal, daß die Grenzen Saudisch-Arabiens, mit Ausnahme von Kuweit und der Insel Bahrein, in jener Gegend nicht festgelegt wären, und so ist die britische Regierung bemüht, mit Ibn Saud zu einer Verständigung hinsichtlich der Grenzziehung zu kommen. Ibn Saud hat selbstverständlich den Wunsch, die Grenze seines Landes so nahe wie irgend möglich an die Küsten des Persischen Golfes vorzulegen, während die britische Regierung das Gegenteil erstrebt.

Die Provinz Hasa war bis 1915 im Besitz des türkischen Sultanats, der Rest Arabiens war unabhängig. Praktisch gesprochen war das Gebiet von Ibn Saud n i e

ma Is unter türkischer Herrschaft, obgleich der türkische Sultan es im vagen Sinn als Teil des türkischen Kaiserreiches betrachtete. Die Vorgänger von Ibn Saud waren nie ma Is mit den Türken im Bunde, die sie als ihre traditionellen Feinde ansahen, seitdem die Türken ihr Gebiet vor 100 Jahren zu erobern versuchten. Dagegen war 1913 das Land um Hufuf herum im Besitz der Türken, als Ibn Saud sich in seinem Wüstenkönigtum stabilisierte. Ibn Saud eroberte nun eines Nachts die Stadt Hufuf mit einer Handvoll Leute und verjagte die türkische Armee bis zur Meeresküste, wo sie sich einschiffte und die Türkei damit ein und für allemal dieses Gebiet den Arabern überlassen mußte. 1915 wurde somit Ibn Saud Herr der letzten türkischen Provinz in Zentral- und Ostarabien. Einige Monate später trat die britische Regierung in London in Verhandlungen mit dem türkischen Gesandten ein; der Erfolg dieser Verhandlungen war ein Uebereinkommen über die Grenzen zwischen der britischen Einfluß-Sphäre in Arabien und dem türkischen Gebiet. In die britische Zone ward die Provinz Hufuf, die die Türken kurz zuvor an die Araber verloren hatten, einbezogen.

Schon 1914 war die englische Regierung erneut in Verhandlungen mit dem türkischen Botschafter in London getreten, wobei eine andere, erweiterte Grenzlinie als im Vorjahre, als englische Interessens-Sphäre festgelegt wurde, worunter dann auch die ganze weite arabische Wüste fiel. Die britische Regierung legte den projektirten Abschluß zunächst ad acta, und der Weltkrieg setzte dann allen weiteren diesbezüglichen Verhandlungen ein Ziel. Erst im Sommer 1934 (!) legte die englische Regierung diese Dokumente, die nicht einmal von der seinerzeitigen türkischen Regierung unterschrieben waren, Ibn Saud als „Beweisstück“ der englischen Ansprüche auf das saudische Gebiet vor! Die Engländer wurden aber von Ibn Saud in schroffster Weise abgefertigt, so daß diese Ansprüche von England schleunigst fallen gelassen wurden und die Dokumente heute nicht mehr als Basis weiterer Verhandlungen dienen.

Durch diese Schwierigkeiten hinsichtlich Luft und Öl ist das englisch-arabische Verhältnis, wenn nicht gerade gespannt, so doch immerhin sehr delikate geworden. Der Freundschaftsvertrag zwischen Saudisch-Arabien und Groß-Britannien aus dem Jahre 1927, der für 7 Jahre in Kraft und im September 1934 abgelassen war, wurde nur für weitere 6 Monate mit einer Frist von 6 Monaten Kündigung beiderseits erneuert. Die Ansprüche Ibn Sauds in dem Umfang, wie sie dem König Hussein seinerzeit von England gewährleistet worden waren, stellen die Grenzen der Forderungen Ibn Sauds dar, d. h. Einschluß sämtlicher Gebiete Groß-Arabiens, mit Ausnahme von Aden, in das Saudische Königreich, und jede Verwicklung im nahen Osten wird Ibn Saud näher an sein Ziel heranzuführen; denn die Araber sind nach den gemachten Erfahrungen nicht mehr bereit, auf Vorpiegelungen falscher Tatsachen hin zu reagieren und wieder Kasanien für andere aus dem Feuer zu holen. Im Falle eines Eingreifens in die möglichen Verwicklungen am Roten Meer wird Ibn Saud als kluger Fürst und Politiker sich zuerst Pfänder zu verschaffen wissen, ehe er eine politische Entscheidung trifft.

Man fragt sich unwillkürlich, woher Ibn Saud aus seinem armen Arabien die Gelder für Wegbau, Automobile, Radiostationen, Armierung seiner Truppen und anderes mehr schöpft. Hier ist zu sagen, daß die große Einnahmequelle Ibn Sauds aus den Pilgerfahrten nach den heiligen arabischen Städten stammt. In einem guten Jahr werden die Einnahmen hieraus auf mindestens 2½ Millionen Goldpfund geschätzt und selbst in einem schlechten Jahr dürften immer noch aus den Wallfahrten 3—400 000 Goldpfund eingekehren. Im übrigen hat Ibn Saud beim Autowegbau den Vorteil der Wüste. Es wurde zwar der Versuch gemacht und eine 50 Kilometer lange Auto-Makadam-Straße gebaut, welche 30 000 Goldpfund gekostet hat. Es stellte sich aber heraus, daß die „weglose“ Wüste die beste Autostraße der Welt ist, zumal gerade die arabische Wüste relativ wenig Flugsand aufweist und das Gelände dadurch gut befahr-

bar ist. Die großen drahtlosen Stationen, welche englische Fabriken lieferten, sind bis jetzt noch nicht bezahlt. Arabiens Außenschuld ist aber unbedeutend. Die National-schuld betrug 300 000 £, welche leicht mit einem guten Pilgerjahr abgezahlt werden kann. Was die arabische Politik gegenüber Transjordanien und Palästina anbetrifft, so wurde ein Vertrag zwischen Transjordanien, Irak und Saudisch-Arabien geschlossen, welcher die Grenzen festsetzt, und Ibn Saud anerkannte die von England diktierten Grenzen, trotzdem ihm ein großes Gebiet de facto gehören würde, weil er sich zunächst England gegenüber militärisch zu schwach fühlt.

Die Mossul-Frage

Wenngleich die Mossul-Frage nicht unmittelbar mit den heutigen Betrachtungen über das Werden und Entstehen des arabischen Groß-Reiches zusammenhängt, so ist es doch im Zusammenhang mit der Weltfrage in Arabien interessant, einen kurzen Ueberblick über die zwischen der Türkei und den Westmächten umstrittene Frage zu gewinnen, und ich möchte hier den ausgezeichneten Kenner der Verhältnisse J. o. h. f. S t o y e sprechen lassen, der in seinem wertvollen Werk über „Das Britische Weltreich“ die Situation treffend schildert.

Der Irak entstand 1920, als nach der Ablehnung des Friedensdiktates von Sèvres durch die Türken dieses ehemals türkische Gebiet am Mittel- und Unterlauf der Flüsse Euphrat und Tigris nebst angrenzenden Steppengebieten im Umfang von 551 000 qkm und mit einer Bevölkerung von fast 3 Millionen dem Völkerbund überantwortet wurde.

Unter der Türkenherrschaft bildete der Hauptteil Mesopotamiens das sogenannte Wilajet Mossul, welches an Erdölvorkommen so reich war, daß sich die Türken zunächst hartnäckig gegen eine sogenannte Vonselbständigung wehrten, die ja nichts anderes bedeutete als die Machtübernahme durch England und zum Teil auch durch Frankreich. Schließlich fügten sich aber die Türken einer Entscheidung des Völkerbundsrates (vom Dezember 1925) und erkannten den von der englischen Diplomatie durch schlaues Ränke-spiel geschaffenen Zustand in einem Abkommen von Ankara (Juli 1926) an. Allerdings knüpften die Türken die Bedingung daran, daß der Irak höchstens 25 Jahre lang britisches Mandat sein sollte und der Türkei 10 Prozent der Einnahmen aus den Erdöl-erträgen im Mossulgebiet gezahlt werden müßten.

Bis 1901 kannte man hier nur die Ölquellen von Mendeli, die von den Türken in primitivster Weise genutzt wurden. In diesem Jahre soll ein englisches Konsortium eine Konzession angestrebt haben. Aus nicht näher bekannt gewordenen Gründen erhielt aber in Verbindung mit dem Bau der Bagdadbahn die von der Deutschen Bank geführte Kapitalistengruppe (der 1934 ausgeschiedene Direktor Solmsen war bei diesen Projekten führend beteiligt) eine Teilkonzession (1905). 1914 kam dann die „Türkische Petroleum-gesellschaft“ unter deutscher, holländischer und englischer Beteiligung zustande. Ihr Arbeitsgebiet sollte das gesamte Wilajet Mossul sein; doch verhinderte der Krieg die Aufnahme der Arbeiten.

Während des Weltkrieges stellten die Franzosen ihre gefährliche Abhängigkeit vom ausländischen Erdöl fest und strebten nach eigenen Quellen. Im sogenannten Sykes-Picot-Abkommen von 1916 gestanden dann die Engländer ihnen die Quellen von Mossul zu. Durch das Wirken des berühmten und schon beinahe legendenhaften Gentleman-Abenteurers Lawrence war den Arabern ein großarabisches Reich versprochen worden. Am die Araber auf ihre Seite zu ziehen, finanzierten die Engländer die Aufstandsbewegung des Scherifen Hussein und seiner Söhne Ali, Faisal, Abdullah und Said. „Ein freies Arabien mit englischen Küstenschutzorten“, das war die Lösung, durch die

natürlich das Sykes-Picot-Abkommen völlig gegenstandslos gemacht wurde. Diese Quertreibereien sollten den Engländern Mossul in die Hände spielen.

Dann kamen die von allen Seiten hartnäckig geführten Nachkriegs-Konferenzen. Bereits 1920 war es in San Remo klar, daß Frankreich verspielt hatte: Abdullah wurde Emir von Transjordanien und Faisal König von Irak. Diesen beiden standen in den Wahabiten Ibn Sauds erbitterte Feinde gegenüber, die als franzosenfreundlich anzusehen waren. Allerdings verstanden es die Engländer damals, Ibn Saud durch eine jährliche Subvention von 60 000 Pfund ungefährlich zu machen. 1923 kam dann der Kampf von Kaufanne. Die neue Türkei unter Mustafa Kemal Pascha erhob energischen Anspruch auf Mossul und versuchte den Nachweis zu erbringen, daß in diesem Gebiet 85 Prozent Türken wohnten. England behauptete dagegen sehr Kühn, es seien nur 8 Prozent. Schließlich wurde die englische Auffassung anerkannt und der Irak englischer Mandatsstaat.

Obwohl die Türkei die Griechen damals restlos besiegte, also einen Krieg gewann, in dem ihr nationales Prestige völlig wiederhergestellt wurde, mußte sie sich die Wegnahme Mossuls und des ganzen Iraks gefallen lassen. Um das zu verstehen, müssen wir etwas weiter ausholen. Hier hatten die internationalen Oelmagnaten ihre schon reichlich unsauber gewordenen Hände im Spiele. Der berückichtigte, im Sommer 1934 im Zusammenhang mit Machenschaften englischer Rüstungsfabriken wieder erwähnte Sir Basil Zaharoff wirkte im Auftrage Deterdings, also des Führers des englisch-holländischen Oelkonzerns, im Interesse der Griechen. Denn dieser Kampf Griechenlands gegen die Türkei war ja nichts anderes, als der letzte verzweifelte Versuch der Anglo-Persian-Oil Co., also Englands, den Türken das erdölreiche Mossulgebiet zu entreißen. Und es bediente sich dabei der Griechen als ihres Degens, wie schon so oft in der Weltgeschichte an sich unbeteiligte Nationen für den Engländer die Kasanien aus dem Feuer geholt haben. In höchst geschickter Weise verstand es Zaharoff, die politischen Ansprüche der Griechen mit der Oelpolitik zu verquickeln und gleichzeitig dafür zu sorgen, daß dem gefährlichen Vordringen der Standard Oil, des Welttrustes John D. Rockefeller, Einhalt geboten wurde.

Später fiel Zaharoff bei den Engländern in Ungnade, und diese bedienten sich jetzt eines weiblichen, aber nicht minder geschickten Helfers, nämlich der Gertrude Bell, eines der größten Sprachgenies der Geschichte. Sie sprach und schrieb das Arabische fehlerlos, und zwar in sämtlichen Dialekten. Ihr hatte es der Scheich Faisal letzten Endes zu danken, daß er König von Irak wurde. Gertrude Bell taucht eines schönen Tages bei den Arabern auf, läßt die führenden Häupter zum Essen ein, spricht mit jedem in seinem Heimatdialekt und begeisterte sie alle derartig, daß der Proklamation Faisals zum Könige des Iraks keine Schwierigkeiten mehr im Wege stehen. Eine junge englische Archäologin hat ihrem Vaterlande einen unersetzlichen Dienst erwiesen!

Hinter den Kulissen tobte nicht weniger erbittert der Kampf der großen Erdölgesellschaften; galt es doch, die Türkische Petroleumgesellschaft neu zu verteilen. Zunächst erhielt die Royal Dutch-Gruppe 25 Prozent, Frankreich bekam ebenfalls 25 Prozent, und den Rest gab man der Anglo-Persian Oil Company. Bald aber meldete sich die Standard Oil, die niemals feht, wenn es gegen England geht! Nach einem erbitterten Ringen, das zu einer ersten Spannung zwischen den Vereinigten Staaten und England geführt hat, wenn auch die Zeitungen der Welt nichts darüber berichtet haben, wurde 1924 in Washington ein fauler Oelfriede geschlossen, ein Kompromiß, in dem die Anglo-Persian-Gruppe die Hälfte ihres Anteiles, also 25 Prozent der nunmehrigen „Türkische Petroleum Co.“ an die Standard Oil abgeben mußte.

Heute hat also die Türkei, die rechtmäßige Besitzerin der Mossulquellen, nur noch auf eine Reihe von Jahren einen 10-prozentigen Ertragsanteil, wofür sie die sogenannte

„Brüsseler Linie“, die jetzige Grenze zwischen der Türkei und dem Irak, in Kaufanne anerkannte.

Nun das weitere Schicksal des Mossulgebietes. Zur Erschließung seiner Oelreserven brauchte man „Pipe Lines“, Röhrenleitungen, welche die Engländer über ihr Mandatsgebiet in Palästina nach Haifa, die Franzosen aber nach Tripolis in Syrien zu leiten wünschten. Die Standard Oil zeigte merkwürdigerweise wenig Eust, ihren Anteil auszunutzen; sie fürchtete eine Oelüberproduktion und wollte die Mossulvorräte lieber in Reserve halten. Nachdem man sich also jahrelang bekämpft hatte und Tausende von Menschen infolge des griechisch-türkischen Krieges ihr Leben hatten lassen müssen, konnte man sich über die Beute nicht einigen und ließ sie zunächst achtlos liegen.

Erst gegen 1925 wurde die Ausbeute der Mossulquellen energischer betrieben. Im Oktober 1933 wurde der Hafen von Haifa durch den englischen „High Commissioner for Palestine“ eingeweiht. Der Ausbau kostete 1 250 000 Pfund und wurde 3. C. von der englischen Regierung finanziert. Die Mandatsverwaltung Palästinas war verständlicherweise hierbei wenig beteiligt. 1500 Menschen fanden hier Arbeit, darunter 350 Juden. Haifa ist ein bedeutender Eisenbahnnotenpunkt, wo sich die Linien vom Suezkanal und vom Hedschas treffen. Der Engländer kann heute, ohne umzusteuern, schon bis zum französischen Tripolis in Syrien mit der Eisenbahn gelangen und steigt dort in die Schmalspurbahn nach Haifa um, so daß die Engländer dann also von Calais bis Kairo und von dort bald bis Kapstadt durchfahren können. Ein recht deutliches Beispiel für die heutige Struktur des Britischen Weltreiches!

Wir erwähnten die Berücksichtigung Frankreichs bei der Aufteilung der Türkischen Petroleumgesellschaft und weisen hier darauf hin, daß die Stellung Englands im Vorderen Orient so lange nicht gefestigt ist, wie die Franzosen am Mossulöl beteiligt sind. Es wird also nicht mehr lange dauern, bis hier der englische „Wachstumsimpuls“ seine Früchte zeitigen wird.

Shell, bzw. die Royal Dutch-Gruppe hat in Haifa eine Oelraffinerie mit einer Jahresleistungsfähigkeit von 200 000 Tonnen errichtet; die „Iraq Petroleum Company“, wie die Turkish Petroleum Co. jetzt heißt, hat dort 15 Zisternen von je 4 Millionen Litern Fassungsvermögen erbaut. Zum „höheren Ruhme Frankreichs“ ist ferner am 14. Juli 1934, dem französischen Nationalfeiertag (Erstürmung der Bastille 1789), der erste Tank (Zisterne) in Tripolis in Syrien mit Mossulöl gefüllt worden.

Mitte Januar 1935 wurde der erste Teil der 2600 Kilometer langen, von Kirkuk (Irak) nach Haifa am Mittelmeer führenden Rohölleitung in Kirkuk vom König von Irak feierlich eingeweiht. Der Präsident der Anglo-Persian Oil Company und zahlreiche englische Gäste wohnten der Einweihung bei. Die Feier war die erste von fünf, die nacheinander in den verschiedenen fünf Ländern, durch die die Oelleitung führt, abgehalten wurden, und zwar in Abständen von wenigen Tagen in Damaskus, Tripolis, Amman und Haifa, wo der englische Oberkommissar für Palästina, Sir Arthur Wauchope, die Einweihung vornahm. Im Anschluß hieran wurde die Leitung in Betrieb genommen und das erste Rohöl aus Irak direkt in Tankdampfer in Haifa gepumpt.

Zunächst rechnet man im Irak mit einer Jahresförderung von 4 Millionen Tonnen Rohöl, aber in wenigen Jahren sollen es 8—9 Millionen Tonnen sein. Das bedeutet zunächst eine sehr große Gefahr für den europäischen Petroleummarkt und stellt weiterhin eine außerordentliche Bedrohung der amerikanischen Oelposition durch England dar, das nun dem langjährigen amerikanischen Gegner insofern fast ebenbürtig geworden ist, als dessen Eigenproduktion bedenklich nachläßt. Für England ist die Situation dadurch ungünstig, daß die Oelvorräte nicht in seinem eigentlichen Empire liegen.

Hier sei jedoch angedeutet, daß die beiden angelsächsischen Weltmächte durch die Entwicklung der Technik mit ihrem immer höheren Bedarf an Treibstoffen in eine Intensivierung ihrer imperialistischen Bestrebungen hineingetrieben werden, wobei die Amerikaner ihre Fangarme vornehmlich nach Lateinamerika ausstrecken, die Engländer hingegen nach Asien und dem Vorderen Orient. In beiden Gebieten überschneiden sich aber bereits die beiderseitigen Ölinteressen, so daß entweder ein Kampf bis aufs Messer einsetzt oder sich die beiden angelsächsischen Brüder rechtzeitig verständigen. Welcher Ausgang dieses Machtringens der wahrscheinlichere ist, wollen wir dann noch sehen.

Die Franzosen setzen große Hoffnungen auf das Iraköl und raffinieren jetzt schon einen großen Teil des dort gewonnenen Rohöles in eigenen Raffinerien bei Le Havre. Trotz der wahrscheinlichen Unrentabilität wollen sie aber noch in Syrien eine Raffinerie bauen. Dieses Mandatsgebiet haben sie im November 1933 nach dem Muster des Vorgehens der Engländer im Irak aus dem Mandatsverhältnis entlassen. Die starke Stellung Englands zeigt sich aber schon wieder durch großen Einfluß auf Jamil Bey al Madfat, der seit Dezember 1933 im Irak die Regierung ausübt und engste Beziehungen zu Ibn Saud, und es ist noch nicht abzusehen, welche Gefahren sich für den Irak und Syrien aus den großarabischen Einheitsbestrebungen Ibn Sauds ergeben können. Der Friede vom Juni 1934, den Ibn Saud als wahrhaft kluger und vorausschauender Politiker mit seinen früheren arabischen Feinden geschlossen hat, zeigt gar zu deutlich sein Streben nach einem großen, geeinten arabischen Reiche, das Aegypten, die Arabische Halbinsel und Syrien, wahrscheinlich aber auch den Irak und Transjordanien mit Palästina umfassen soll.

Bedenkt man, daß das nunmehr Ibn Saud zugesprochene Gebiet von Assir an Erzen und Erdöl reich ist, so wird man die englische „Morning Post“ verstehen, die am 4. Mai 1934 schrieb: „Bisher hat England danach gestrebt, den Machtausgleich zwischen den Herrschern Arabiens aufrecht zu erhalten; wenn Ibn Saud dieses Gleichgewicht stört, dann wird England seine Politik vielleicht einer Revision unterziehen müssen.“ Und die Widerstände begannen ja schon im Sommer 1934. Der Emir Abdullah von Transjordanien wollte sein Land mit Palästina vereinigen, also den Block der Hussein-Familie verstärken. Und der britische Resident hat sich von dem südperasischen Buschir nach der ostarabischen Stadt Kuweit begeben, damit Ibn Saud auch von Osten her im Auge behalten werden kann.

Die deutschen Kolonien in Uruguay

Von Schulamtsleiter Schleifer, Umenau

1. Umenau.

Umenau ist der von Deutschen besetzte Teil der Regierungskolonie „19 de Abril“. Diese wurde vor ungefähr 20 Jahren gegründet. Den Namen „Umenau“ erhielt die Kolonie bzw. der deutsch besetzte Teil anlässlich der Feier an Hindenburgs 80. Geburtstag. In den ersten Jahren waren nur vier deutsche Siedler da, die meisten Lose waren von Hiesigen und Juden besetzt. Letztere verließen jedoch in den folgenden Jahren, einer nach dem andern, die Kolonie, um sich einem ihnen mehr zuzugenden Erwerb zuzuwenden, dem Handel. Heute haben wir nur mehr zwei Juden in der Kolonie, die ein kleines Kampfgeschäft betreiben. Die Zahl der deutschen Familien beträgt heute 38. Dazu kommen noch 11, die außerhalb von Umenau wohnen, aber

ganz an der Grenze, auf Privatland. In den letzten Jahren gab es ja mehrmals Wechsel, da einige Bauern, die ihren Verpflichtungen nicht nachkamen, ausziehen mußten. Als Zwischenmann zwischen Bank und Deutschen war es mir aber immer möglich, wieder Deutsche auf die frei werdenden Lose zu bringen. Die Umenauer sind alle früher in Argentinien gewesen, wohin sie von Rußland auswanderten. Die Neueingesessenen, die „Brasilianer“, wie man sie hier nennt, kamen in den Jahren 1931 bis 1933 aus Brasilien. Es handelt sich bei diesen um Flüchtlinge aus Sibirien, die auch eine Zeitlang in Deutschland waren (Hammerstein). Von Deutschland aus wurden sie nach Brasilien gebracht. Doch sagten ihnen dort Klima und Landverhältnisse nicht zu. So kamen sie nach hier. Heute sind sie alle untergebracht in den Departamenten Paysandú, Rio Negro und Salto, teils als Pächter, teils als Käufer, teils als Arbeiter. Es handelt sich bei diesen um weit über 100 Familien. (Genauere Angaben stehen zur Verfügung.) Da sich alle seinerzeit wegen einer bewilligten Unterstützung bei mir zu melden hatten, bin ich darüber am besten unterrichtet. Wir versuchten auch für die ganzen Leute von der Hypothekentant Land zu bekommen, doch scheiterte dieser Plan.

Angebaut wird in Umenau und Umgebung besonders Weizen, Weizen, Mais und Hafer. Kartoffeln, Süßkartoffeln, Erdnüsse und andere Hackfrüchte fast nur für eigenen Bedarf. Von den Siedlern sind hier zwei Reichsdeutsche, der eine davon ist Landwirt, der andere Gärtner und Bienenzüchter. Besonders in diesem Jahr haben sich mehrere Bauern mehr auf Erdnüsse, Soja und ähnlichem umgestellt, da der Boden für Weizen und Weizen untauglich geworden ist. Die an sich nicht rosige Lage der Kolonie, wurde noch bedeutend verschlechtert durch die Heuschreckenfälle, die bereits fünf Jahre andauern.

Seit mehr als einem Jahr besteht hier eine deutsche Einkaufsgenossenschaft, die ich schuf, um die Bauern von den jüdischen Händlern wegzubringen. Vor fast zwei Jahren gründete ich außerdem, um auch einen geistigen Zusammenschluß zu haben, eine Ortsgruppe des DDU, den ich später der Ortsgruppe der NSDP unterstellte. Heute sind darin fast sämtliche Deutsche der beiden Departemente Paysandú und Rio Negro zusammengeschlossen.

Am 21. März 1926 wurde ein deutscher Schulverein Umenau gegründet, nachdem die Jahre vorher sich die Bauern ihren Lehrer selbst gesucht hatten. Ich selbst bin bereits fünf Jahre hier tätig. Vor drei Jahren wurde das eigene Schulhaus gebaut. Früher fand der Unterricht entweder in der Protestanten- oder Baptistenkirche statt. Die Schülerzahl schwankte in den letzten Jahren zwischen 45 und 75.

In Umenau gibt es vier „offizielle“ Religionsgemeinschaften: Protestanten, Baptisten, Adeptisten und Katholiken, zahlenmäßig die stärksten sind die Protestanten, die schwächsten die Katholiken (2). Die Religionsgemeinschaften teilen sich aber noch in verschiedene Untergruppen, wie Brüdergemeinde usw.

Die nächste Stadt ist Paysandú, Departamentshauptstadt und nach Montevideo die wichtigste Stadt des Landes. Das Departament Paysandú hat auch die meisten deutschen Kolonisten.

Verstreut über das ganze Departament leben noch etwa 120 deutsche Familien, so in Burucayupi, in Valdez, Quichon, Piedras Coloradas usw. Piedras Coloradas, Perseverancia, Montandon, Ain Silva, Pandula sind Kolonien, die in den letzten Jahren aufgelöst worden sind, da sie aus finanziellen Gründen nicht mehr bestehen konnten. Die deutschen Siedler sind zum Teil nach hier verzogen, zum Teil sitzen sie einzeln verstreut im Departamentsgebiet.

In Piedras Coloradas bestand früher eine deutsche Schule, die nach dem Wegzug der Bauern aufgelöst wurde. Eine kleine Schule wurde erst vor kurzem von uns in Burucayupi gegründet.

2. La Palma.

Im Jahre 1933 gegründet, wohnen in dieser Kolonie 14 deutsche Familien. Die Kolonie ist Bankkolonie und hat mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen. Die Gesamtzahl der Kolonisten von La Palma beträgt rund 100, in der Mehrzahl Uruguayer. Besonders zu nennen ist der Führer der Kolonie (der deutsche Siedler), Albert Stemmer. Seit diesem Jahr besteht auch eine deutsche Schule in La Palma.

3. Palermo.

Sie besteht ungefähr die gleiche Zeit wie La Palma. Die Verhältnisse in beiden Kolonien sind gleich. Im Jahre 1934 wurde die Schule von Palermo — Colonia Francia — von 15 Kindern besucht. Lehrerin Frau Luise Tesdorf. Im übrigen siehe den vor kurzem abgegangenen Bericht über diese Kolonie. (Vgl. hierzu Nr. 11 der Monatsblätter „Deutscher Lebensraum“.)

4. Nueva Helvecia.

Sie wird fast nur von Abkömmlingen von Schweizern bewohnt, die aber zum größten Teil schon ganz verheißigt sind. Die Schülerzahl für Deutsch ist nicht nennenswert.

5. Peñarol.

Peñarol ist nicht landwirtschaftliche Kolonie, sondern ein Arbeitervorstädtchen mit starker deutscher Bevölkerung. Die Schule zählte 1934 über 100 Schüler.

6. Ofir.

Im Departament Rio Negro, wurde als Russenkolonie gegründet. Heute wohnen bereits eine große Anzahl deutscher Familien dort, die erst in letzter Zeit angesiedelt wurden, meist auf Privatland. Diese Ansiedlung erfolgte besonders auf Grund der Unterstützung durch den NSDAP-Stützpunkt Paysandú.

Nach einer Aufstellung des Herrn Pastor Nelke leben im Innern Uruguays ungefähr 700—800 Deutsche.

Es gibt hier wohl kaum eine Stadt, einen Ort, in dem nicht ein paar Deutsche leben und arbeiten. Diese Zerstreuung brachte es mit sich, daß sehr viele jegliche Verbindung mit der Heimat, mit dem Deutschtum verloren haben. Es ist auch sehr schwer, diese Leute zusammenzubringen, einesteils wegen der Entfernungen und schlechten Verkehrsverhältnisse, andererseits weil sehr viele verheißigt sind oder Eigenbrödlern geworden sind. Ein fester, engerer Zusammenschluß ist ja auch gar nicht möglich, höchstens ein Verkehr mittels Briefwechsel, Zeitungen usw.

Als einzige deutsche Zeitung in Uruguay haben wir die „Deutsche Wacht“, herausgegeben von der NSDAP-Ortsgruppe Montevideo, die zugleich auch Mitteilungsblatt der deutschen Kolonien in Uruguay ist. Früher bestand das von Herrn Pastor Nelke herausgegebene „Nachrichtenblatt für Uruguay, das in die „Deutsche Wacht“ eingefügt wurde. Pastor Nelke hat sich besonders um das Deutschtum in Uruguay angenommen und auch einige Bücher darüber veröffentlicht. Er ist auch der Herausgeber der Deutsch-Uruguayischen Geschlechterbücher.

Um auch Montevideo nicht zu vergessen, sei erwähnt, daß die dortige Schule im Jahre 1934 eine Schülerzahl von 482 aufzuweisen hatte.

Nach einer Schätzung von Herrn Pastor Nelke leben in Montevideo ungefähr 1400 bis 1500 Deutsche.

Das Jahr der großen Entscheidungen

Ein außergewöhnliches Jahr — Ungelöste Probleme

England im Zentrum des Weltgeschehens. — Die Rückwirkungen des italienischen Vorstoßes auf Englands Mittelmeerstellung. — Englands Stellung zu Deutschland. — Deutschland als Friedensfaktor. — Der Bolschewismus erhebt sein Haupt. — Die Spannung in Ostasien im Wachsen.

Das Jahr 1935 wird in die Geschichte als ein außergewöhnliches Jahr eingehen. Es ist ein Jahr des Anbruchs, der Gärungen und Störungen, der halben und ganzen Entscheidungen.

In diesem Jahr von Krieg und Kriegesgeschrei, von Hochspannung und Atempause, das nunmehr seinem Ende entgegengeht, ist es hoch und heiß hergegangen. Es war ein Jahr, überaus reich an allerhand Aufbrüchen dynamischer Kräfte. Weltmächte rangen mit Weltkräften.

Die europäische Krise, die wir oft und oft in diesen Blättern behandelt haben, ist offenkundiger geworden. Die Krise ist nicht nur außenpolitischer Natur, sie ist eine soziale, wirtschaftliche und weltanschauliche. Zwischen Nationalismus und Internationalismus, die beide nach größerer Universalität streben, ist ein Kampf auf Leben und Tod entbrannt. Hier völkische Europäer, hier kommunistische Internationale. Es gibt aber auch einen übersteigerten Nationalismus der neugebildeten Staaten, der sich vor allem gegen die Minderheiten mit großer Schärfe austobt. Allen voran stehen die Tschechen und Litauern, die in der Unterdrückung der deutschen Minderheiten sich besonders ausgezeichnet haben. Das Elend, das unter den 5 Millionen Sudetendeutschen herrscht, spottet jeder Beschreibung. Man wird an russische Zustände und Elendschilderungen aus China und Indien erinnert, wenn man diese Schilderungen liest. Sammlungen zur Unterstützung der Notleidenden sind verboten worden. Die Minderheitenfrage ist so brennend wie zuvor. Die Vertreibung treuer deutscher Volksgenossen aus Belgien zeugt von den ungelösten Problemen, die der Völkerbund endlich lösen mußte.

Die aus der französischen Revolution stammende Gedankenwelt ist langsam liquidiert worden. Das eiserne Geflecht des Versailler Friedenssystems und der übrigen Pariser Diktate ist an entscheidenden Punkten zerbrochen worden. Eine Neuordnung Europas vollzieht sich, ein Ausgleich im Inneren der Staatswesen. Wirtschaftlich haben sich Ansätze zum Besseren gezeigt. Doch tobt der Währungskampf noch weiter. Die Auftriebskräfte sind stärker geworden und haben zu Machtverschiebungen geführt. Der Völkerbund hat mehr als einmal unter Feuerprobe gestanden. Wenn ihm Deutschland den Rücken gefehert hat, so hat die Folgezeit es bewiesen, daß Deutschland daran recht getan hat. Der Rückfall in das Paktsystem hat die allgemeine Kriegsgefahr verstärkt und nicht vermindert. Der Konflikt in Ostafrika kann noch immer sich zu größeren Konflikten ausweiten, wenn nicht die Vernunft noch in letzter Stunde siegt. Zu einem optimistischen Urteil ist nicht recht Raum, zumal die farbige Welt eine wachsende Unruhe zeigt und die ostasiatische Gefahrenzone sich immer weiter ausdehnt.

* * *

In erster Linie rückte das britische Reich in das Zentrum des Weltgeschehens. Für England war das Jahr 1935 ein Jahr der Prüfung und der Aufrüttelung. Oft und oft haben englische Politiker es betont, daß England seit 1914 niemals vor schwereren Entscheidungen gestanden hat, als gerade in diesem Jahre. Das fünfundschwanzigjährige Regierungsjubiläum des Herrschers eines Welt-

reiches vereinte noch einmal die Vertreter der angeschlossenen Staaten und Völker zu lange andauernden Kundgebungen echter Sympathie und Verbundenheit. Mehr als Verträge und Staatsregelungen brachten die Jubiläumsfeiern es zum Ausdruck, daß das Weltreich nicht ein tönerner Koloss ist, sondern durch tausende von Banden aneinandergelötet. Das britische Weltreich wuchs an Ansehen. Aber seine Rüstung war unvollkommen, seine Sicherheit bedroht. Nur in einem Punkte irrte sein sonst untrüglicher Instinkt. Es hatte übersehen, daß seine Weltstellung einen Stoß erlitten hatte, als sich Frankreich entschlossen hatte, Italien auf seine Seite zu ziehen.

Frankreichs Abkommen mit Italien vom 7. Januar 1935 wies Italien auf Ostafrika hin, um es von Tunis und dem Vordringen nach dem Tschadsee abzulenken. Lange Jahre hatte Italien das Ziel verfolgt, sich in Tunisien ein Feld der Betätigung zu verschaffen, um seine hunderttausend Landsleute vor der Franzöfierung zu bewahren und sich nach dem Süden, also in die französischen Interessensphären, auszudehnen. Klug lenkte es Italien auf Abessinien ab, wo Rom nur auf Kosten der englischen Macht-sphäre und der englischen Weltstellung am Roten Meer sich ausdehnen konnte. Italien an der Straße von Bab el Mandeb und im Besitz weiter Uferstreifen des Roten Meeres mußte England in einem seiner empfindlichsten Punkte treffen. Würde Italien in die Lage kommen, ganz Abessinien in Besitz zu nehmen, dann war Ägypten und der Sudan ein italienisches Einflußgebiet. Beide waren durch Libyen und das neue Ostafrikareich Roms bedroht, Englands Mittelmeersstellung aber entwertet, da Malta und Gibraltar wie Cypern an Wert verloren hatten.

Es war Englands großer Fehler, daß es hier das doppelte Spiel Frankreichs nicht durchschaute. Es war Englands Schuld, daß es Mussolinis Entschlossenheit, bis zum äußersten auch ohne Genuß und den Völkerbund zu gehen, nicht rechtzeitig erkannte und einschätzte. Baldwin mußte das Bekenntnis ablegen, die Macht Englands sei nicht vollkommen, wenn auch sein Ansehen groß sei. Der Völkerbund hatte als Friedensstifter versagt. Der Pakt mit seinen Sanktionsformeln hatte einen Stoß erlitten. Die Probe auf den Ernstfall war mißlungen. Immer deutlicher traten die Realitäten zutage, denen der Völkerbund als Kulisse diene. Niemals hat der Völkerbund es verstanden, v o r b e u g e n d Konflikte aus dem Wege zu räumen, dem Krieg gewissermaßen das Wasser abzugraben. England im Schlepptau Frankreichs mußte weiter erkennen, daß es auch Deutschland falsch eingeschätzt hatte, dem es Anfang des Jahres eine Rolle zuwies, die für das Deutschland Adolfs Hitlers untragbar war. England erkannte aber sehr bald seinen Irrtum. Die Aufrichtung der deutschen Wehrhoheit schuf die notwendige Klarheit und bewies der Welt, daß im Kampf um seine Selbstbehauptung ein starkes Deutschland ein mächtiger Friedensfaktor geworden war. Das änderte auch Englands Einstellung zu uns und führte zu jenem *Flottenabkommen*, das Englands überragende Stellung zur See zur Basis hatte.

Dieser Vertrag hat auch nach außen hin Deutschland als Vertragspartner die volle Gleichberechtigung verschafft. Nur Frankreich hat sich mit dieser Tatsache noch nicht voll und ganz zu besreunden vermocht.

Immerhin haben die Gespräche über den Rhein zur Beruhigung der öfters noch gespannten Atmosphäre beigetragen.

* * *

Der abessinisch-italienische Konflikt und die Entwicklung in Ostafrika haben Deutschland die notwendige *Ruhepause* gewährt, um den inneren Aufbau des Reiches mit gewaltiger Kraftanstrengung zu fördern und ein Werk des Friedens zu vollbringen. Gigantisch sind die Maßnahmen, die der Nationalsozialismus in Angriff genommen hat, um die innere Einheit des Reiches zu vollenden, die Währung zu halten und die Wirtschaft durch Riesenaufträge vorwärts zu bringen. Planvolle Wirtschaft ist das Ziel,

Förderung der Grundlagen der unbedingt notwendigen Selbstversorgung, nicht eine übertreibende Autarkie, die nur eine Primitivität des Lebensstandards bedeuten würde.

Daß Deutschland und seine Politik noch nicht volles Verständnis im Ausland gefunden hat, daß sich noch immer Stimmen erheben, die Deutschlands unverrückbare Neutralität verdächtigen und ihm dunkle Pläne andichten, ist leider eine Tatsache. Immerhin ist der Chor derer, die sich zu einer besseren Einsicht und einer ruhigeren Auffassung durchgerungen haben, größer geworden. Man begegnet noch immer dem Gedanken, daß Deutschland wohl nicht heute und morgen, wohl aber in einigen Jahren seine Ansprüche anmelden werde, wenn irgend welche Machtkonstellationen eine Kraftanstrengung, wie sie Mussolini heute durchführt, lohnend machen würden, statt auf dem Verhandlungswege seine außenpolitischen Ziele zu erreichen. Die Ziele, zu denen sich das neue Deutschland bekennt, sind durch die Rede des Führers vom Mai ds. Js. bekannt. Die Welt bleibt nicht auf einem Fleck stehen. Der Völkerbund kann sich dem Gesetz vernunftgemäßer Entwicklung nicht entgegenstemmen. Der Führer hat auch erklärt, daß Deutschland seine kolonialen Ansprüche niemals zurückstellen werde. Je eher also hier die beteiligten Instanzen den Weg der Verständigung beschreiten, um so besser ist es für die europäische Entwicklung. Der Streit zwischen den Besitzenden und den Nichtbesitzenden ist ja die Signatur des abgelaufenen Jahres geworden.

In diesem Streit steht die Weltmacht England in allererster Stelle. Es sucht auch heute nach einem gangbaren Weg und hat sich durch den Mund seines damaligen Außenministers Sir Hoare zur Prüfung der Rohstofffrage erklärt. Für England stehen heute mehr Dinge auf dem Spiele, als in den letzten zwanzig Jahren. Heute ist es gezwungen, sich neue Freunde im Mittelmeer zu suchen und nach neuen Stützpunkten im Mittelmeer umzusehen, da Italien unbeirrt seinen Weg weiter verfolgt.

England hat in Spanien, Griechenland, Türkei und Jugoslawien wegen Unterstützung angefragt. Es würde also, wenn es bis zum Ende gehen will, nicht ohne Beistand bleiben. Von Griechenland verlangt es den Hafen Navarin an der Westküste der Peloponnes und die Cykladen im südlichen ägäischen Meer, wofür es angeblich den Griechen die Insel Cypern versprochen hat. Von Jugoslawien erwartet es Unterstützung in der Adria und Benützung des Hafens von Cattaro, von den Spaniern die Balearen mit ihren vorzüglichen Häfen. Daß sich England für alle Möglichkeiten rüstet, darauf deutet die planmäßige Verteilung seiner Flotte, die in Ägypten und Gibraltar konzentriert ist, der Ausbau der Luftbasen und die Entsendung von Truppen an die libysche Grenze und in den Sudan. Fast seine ganze Flotte ist im Mittelmeer versammelt und der ferne Osten trotz der dort sich vollziehenden Konflikte von englischen Geschwadern entblößt. Es glaubt seine Sicherheit gewährleistet, wenn es Singapur zu einer uneinnehmbaren Festung ausgestaltete und sich auf eine amerikanische wohlwollende Unterstützung verließ.

Für den Mittelmeerkonflikt bleibt Frankreich noch immer ein unsicherer Kantonist. Für Frankreich ist noch immer die alte Traditionspolitik maßgebend, das heißt: die Niederhaltung Deutschlands, die Umzäunung mit Bündnissen aller Art und die Fortsetzung der alten Barthou'schen Paktomanie mit Einschluß des sowjetrussischen Militärpakttes. Frankreich, fragt heute der „*Matin*“, ist im Begriff, eine sowjetrussische Provinz zu werden. Es hat einen Bundesgenossen gefunden, der ihn nicht losläßt. Frankreich versucht ein unmögliches Spiel, um Italien weiter an sich zu binden und dadurch die bekannten Ziele in Südosteuropa zu fördern. Frankreich hat den italienischen Vorstoß nach Ostafrika gelenkt. Jetzt muß es die Folgen tragen.

Typisch die neue Entschließung des Kolonialausschusses des französischen Senats, der die französische Regierung aufforderte, hinsichtlich des italienisch-abessinischen Konflikts in keiner Weise die Interessen und Rechte Frank-

reichs in Ostafrika zu opfern. Die Beibehaltung der französischen Rechte dort sei wichtig für die Sicherheit des Verkehrs und internationalen Gleichgewichts. Also mutet Frankreich England das Opfer zu, das es selbst verweigert.

Wenn Italien die Verbindung von Erythrea mit Italienisch Somaliland erreichen würde, wäre die kleine französische Kolonie von Dschibuti nur eine Enklave im großitalienischen Ostafrika reich und wirtschaftlich kaum einen Heller wert. Italien würde durch andere Stichbahnen Abessinians Reichtümer anzapfen. Am Italien weiter an sich zu fetten, hat es Italien eine Beteiligung an dem Aktienkapital abgetreten. Nun trägt England die Hauptlast der Verteidigung der verletzten Völkerbundsrechte. Es mag sich winden und drehen, heute heißt es: „Hic Rhodus, hic salta!“ Sein Rhodus ist Ägypten, der Sudan und der freie Weg nach Indien. Will England gewinnen, muß es hier zum Kriegszug bereit sein.

* * *

Es war mitunter schwierig, ja manchmal unmöglich, auch nur das Allernotwendigste aus den kaleidoskopartig sich verschiebenden Zeitbildern zu registrieren und zu einem kurzen Rückblick und Ausblick zu vereinen.

Das abgelaufene Jahr war und ist ein Jahr höchster kritischer Ordnung, in dem außenpolitische Vorgänge die ganze Welt noch in Atem halten. Wie von Wirbelstürmen getragen, jagten schwere politische Gewitterböen über den ganzen Erdball dahin.

Die europäischen Konflikte fanden vor allem ihr Widerspiel im Fernen Osten. Wir haben das Bild von den kommunizierenden Röhren gebraucht. Jeder Monat hat die Wahrheit dieses Bildes aufs neue bestätigt. Jede Verschärfung der europäischen Lage hat in Ostasien zu neuen Vorstößen Japans geführt.

Unter der Ashendete der Friedensdiktate waren die aufsteigenden Kräfte lange Zeit erstarrt. Die inzwischen eingetretene Wandlung seit jenem Abstimmungstage in Saragbiete bis heute hat sich immer stärker offenbart. Der 15. Januar offenbarte der ganzen Welt, daß Blut und Boden eine innere Lebenskraft bedeuten, die auch Trennendes zu überbrücken vermag. Und auch im Memelgebiet offenbart sich das Gleiche. Die Memelländer haben trotz aller Schikanen immer wieder ihr Volkstum offenbart. Allen Gewalten zum Trotz sich erhalten, nimmer sich beugen kräftig sich zeigen, rufet die Arme der Götter herbei. Auch im Memelgebiet hat die litauische Vergewaltigungspolitik nicht zu siegen vermocht.

Es gab Augenblicke, in denen es schwer schien, ja fast unmöglich, eine europäische Feuerbrunst zu verhüten, wie es noch jüngst der soeben abgetretene englische Minister Sir Hoare in seltener Freimütigkeit im Unterhause erklärt hat.

Der Friede ruht noch heute auf schwankendem Boden, weil ihn ständig Kräfte bedrohen, die auf einen Umsturz in der ganzen Welt abzielen. Seit dem 7. Weltkongreß der Dritten Internationale im Frühjahr des Jahres hat der Weltbolshewismus sein Haupt hoch erhoben. Ueberall in der ganzen Welt haben sich die Bestrebungen zur Schürung eines sozialen Krieges vermehrt. Aus einer Weltkatastrophe, dem Weltkrieg 1914—1918, entstanden, sagt Alfred Norman sehr richtig in seinem reich dokumentierten Werke „Bolschewistische Weltmachtspolitik“ (Gottschalk-Verlag, Bern) hat sie selbst eine Katastrophe geschaffen, die blutigste und zerstörendste aller Revolutionen, die kommunistische Weltrevolution in Rußland. Alles, was ihr weiter vorschwebt, ist die Erweiterung dieser zweiten Katastrophe auf die ganze Welt. Dem Ziel der Weltrevolution strebt der Bolschewismus auf zwei Wegen zu: Erstens auf dem

Wege durch einzelne Revolutionen in verschiedenen Ländern und zweitens auf dem Wege eines neuen Weltkrieges. Der erste Weg ist schwieriger. Wiederholt ist von den Bolschewisten der Versuch in zahlreichen Staaten, in Brasilien zuletzt, gemacht worden. Südamerika erscheint den Bolschewisten als besonders geeignet. Uruguay gilt als neues Einfallstor. Auch Mexiko hat den Vorstoß der Bolschewisten zu spüren bekommen.

Montevideo ist, wie einwandfrei festgestellt worden ist, zu einem Zentrum der bolschewistischen Propaganda für ganz Südamerika und zur Unterstützung kommunistischer Umsturzpläne ausgebaut worden. Ein bewaffneter Aufstand soll im Februar oder März 1936 ausbrechen. Erst im Januar 1934 war hier eine Sowjetgesandtschaft eingerichtet worden, nachdem bereits 1929 die Anerkennung der Sowjetunion erfolgt war. Zwischen den führenden Kommunisten in Südamerika und der Gesandtschaft in Uruguay wurde ein lebhafter Kurierdienst unterhalten. Es ist erwiesen, daß der sowjetrussische Gesandte, der früher die sowjetrussische Handelsgesellschaft in Buenos Aires geleitet hatte, wegen bolschewistischer Umtriebe ausgewiesen worden war. Auch konnten die Zusammenhänge mit dem jüngsten Aufstand in Brasilien aufgedeckt werden.

Dieser bolschewistische Vertreter hat sich nicht geschämt, die kommunistischen Drahtzieher mit gewaltigen Summen zu unterstützen. Der Präsident von Uruguay Dr. Terra, ist mit bemerkenswerter Entschlossenheit diesen, allen Gepflogenheiten des diplomatischen Anstandes widersprechenden Antrieben entgegengetreten und hat die Beziehungen zur Sowjetunion abgebrochen. Wenn es noch eines Beweises für die umstürzlerische Tätigkeit dieser Generalkräbler der Weltrevolution bedurft hätte, hier ist er aufs neue erbracht worden. Die Welt wird und muß erkennen, daß Deutschlands Abwehrkampf gegen die roten Heuchler und Brandstifter nur zu berechtigt ist. Sie wird vielleicht auch einmal Deutschland Dank dafür wissen, daß es diesen Kampf zum Nutzen der europäischen Kultur im Interesse aller führt.

Die Folgen dieser Unterwühlung aller staatlichen Ordnung durch die Sendboten des Bolschewismus hat auch das Jahr 1935 in erschreckendem Maße gezeigt. In China sind weite Teile des Reichs der Mitte in kommunistischer Hand. Japans Bestrebungen, sich einen Schutzkordon zu schaffen, gehen zu einem gut Teil auf die Gefahren zurück, die ihm aus der Aufmarschstellung des Bolschewismus an den Grenzen der Mandchurei erwachsen. Die blutigen Zwischenfälle an den Grenzen, die außerordentliche Truppenvermehrung, die Unterstützung der Neuheren Mongolei zeigen, daß Sowjetrußland trotz des Verkaufs der nordchinesischen Bahn noch lange nicht auf sein „Tor des Ostens“ Verzicht leisten wird.

Japan hat, wie alle anderen Staaten, die größte Mühe, der kommunistischen Bewegung Herr zu werden. Noch jüngst hat es auf der Insel Hokkaido eine große Anzahl Kommunisten verhaften lassen müssen. Das japanische Proletariat wächst mit der überstarken Zunahme seiner Bevölkerung und damit die sozialen Gefahren, die dem bolschewistischen Giftpilz Nahrung geben. Japan sucht mit aller Gewalt, Anknüpfung zu einer Einheitsfront gegen den Bolschewismus zu zwingen. Daneben verlangt es noch andere Zugeständnisse, die wohl auf eine absolute Vorherrschaft Japans hinausgehen. Warnend hat der englische Senator Pittmann, der Vorsitzende des Senatsausschusses für auswärtige Angelegenheiten ausgerufen, Japan wolle die ganze Welt erobern.

Pittmann führte des weiteren aus, England wisse, daß, wenn Japan die Kontrolle über China erlangt habe, Japan die mächtigste Nation der Erde sein würde. Pittmann verlangt daher ein Zusammengehen der Vereinigten Staaten mit England.

Japan hat seine militärischen und wirtschaftlichen Machtmittel in einer geradezu rücksichtslosen Weise zur Stärkung seiner politischen Machtstellung eingesetzt, so daß die Gefahr einer tiefgehenden *Finanzkrise* nachgerückt ist. Die Spannung zwischen Einnahmen und Ausgaben ist in starkem Wachsen. Seit 1931/32 steigen die Ausgaben von Jahr zu Jahr, ganz besonders verschlingt die militärische Ausrüstung ungeheure Summen.

	Ausgaben	Einnahmen
	Mill. Yen	
1931/32	1476,9	1371,7
1932/33	1950,1	1331,5
1933/34	2142,5	1311,9
1934/35	2210,8	1436,8

Die Ausgaben für Heer und Marine nehmen fast 47 Prozent aller staatlichen Ausgaben. Nicht weniger als 75 Prozent der gesamten Einnahmen werden durch die militärischen Ausgaben verzehrt. Infolgedessen ist die Staatsverschuldung stark gewachsen und hat am 31. März die Summe von 10 360 Mill. Yen erreicht. Hierdurch wird Japan gezwungen, immer wieder den Weg der Anleihe zu beschreiten und die Steuerschraube noch stärker anzuziehen.

Auch der Ausbau der japanischen Belange in der Südsee wird in nachdrücklichster Weise gefördert. In dem Auswärtigen Amt in Tokio ist eine neue Abteilung für Südseeangelegenheiten eingerichtet. Im Dezember 1935 wurde von dem Kabinett die Errichtung einer Southseas Development Co. mit 20 Mill. Yen Kapital beschlossen. An der Gründungsversammlung haben Vertreter sämtlicher Ministerien des Handels, der Schifffahrt und der Industrie teilgenommen.

Nicht immer ist den verantwortlichen Staatsmännern der größeren Mächte zum Bewußtsein gekommen, welche ungeheure Bedeutung diesem *Abwehrkampf* gegen den Weltbolshewismus zugrunde gelegt werden muß und welche Bedeutung der deutsche Ordnungsstaat als Bollwerk des Westens gegen den immer bedrohlicher gewordenen Bolshewismus hat.

Das größte Hemnis auf diesem Wege zur Weltrevolution, hat der Botschafter von Ribbentrop auf ein Schreiben des Lord Allen, der sich für die Freilassung eines kommunistischen Führers einsetzte, gesagt, d. h. zur Aufrichtung des roten Imperialismus, ist Adolf Hitler. Aus diesem Grunde muß der Kommunismus mit allen Mitteln bekämpft werden. Fällt Hitler-Deutschland, ist der Weg für die kommunistische Weltherrschaft frei: In kurzer Zeit wird ganz Europa folgen, und die Zerstückung des britischen Imperiums und der noch übrig gebliebenen Nationalstaaten wird dann nicht aufzuhalten sein.

Das neue Jahr wird wenig an den Problemen ändern, mit denen das jetzt abschließende zur Genüge versehen ist. Die Zeit ist härter geworden und harte Entscheidungen werden getroffen werden müssen. Die Welt starrt in Waffen. Es bedarf höchster Klugheit und Vorsicht, die Waffen nicht sprechen zu lassen. P. Mohr.

Blick nach außen

Die Armenier-Politik der Sowjets.

Es ist eine auffällige Tatsache, daß von den zahlreichen unterdrückten Völkern der UdSSR eine Haltung einnimmt, die von der der übrigen Nationalitäten vollkommen abweicht. Während die Ukrainer, Kasachen, Georgier, Aserbeidschaner, Turkestaner und alle anderen Völkerchaften der Sowjetunion in einem erbitterten Gegensatz zu Moskau stehen, haben die Armenier nicht nur Frieden mit dem Kreml geschlossen, sondern es findet sogar eine sehr weitgehende wechselseitige Unterstützung und Zusammenarbeit statt: die Armenier gelten als die *treuesten* Sowjetfreunde und haben zahlreiche wichtige Posten in der Sowjetbürokratur inne, während andererseits ihr Land, im Gegensatz zu den Territorien der anderen Völker, sich einer verhältnismäßig wohlwollenden Behandlung durch die Sowjets erfreut.

Als Bewohner eines wilden Berglandes, eingeklemt zwischen starken Nachbarvölkern, wie den anatolischen Türken und den Kurden im Süden, Georgien und aserbeidschanischen Türken im Norden, durch ihre Religion — sie sind Christen — von den Umwohnern getrennt, haben die Armenier ein wenig beneidenswertes Schicksal gehabt.

Zu Beginn des Weltkrieges befand sich der nördliche Teil Armeniens unter russischer, der südliche unter türkischer Herrschaft. 1916 besetzten russische Truppen auch türkisch-Armenien. Ein Jahr später brach die bolschewistische Revolution aus. In dieser Situation erließen die Sowjets am 12. Januar 1918 das berühmte „Dekret des Rats der Volkskommissare über türkisch-Armenien“, das den Ausgangspunkt der Sowjetfreundschaft der Armenier darstellt. In diesem Dekret wurde den Armeniern ein unabhängiges Reich versprochen, das nicht nur den nördlichen, früher vom Zarismus beherrschten, sondern auch den südlichen, bisher den Türken gehörenden Teil Armeniens, den russische Truppen noch besetzt hielten, umfassen sollte. Daß die Armenier auf dieses Versprechen eingegangen und in der Folgezeit Moskaus Politik eifrig unterstützten, ist ein verhängnisvoller Irrtum, der nur dadurch begreiflich wird, daß ihre Beziehungen zu den südlichen Nachbarvölkern die denkbar schlechtesten waren.

Auch in den folgenden Jahren wurde — trotz der gelegentlich offen ausbrechenden Gegensätze zwischen nationalen Armeniern und den Organen Moskaus, wie z. B. der Völkerversammlung im Februar 1921 und der Geißelerschließungen von Erivan — von den Sowjets das Versprechen der Aufrichtung eines unabhängigen Armeniens, der Abtren-

nung und Zuteilung der östlichen Bezirke der Türkei (Trapezunt, Erzerum usw.) unermüdet wiederholt. So gelang es, die Armenier, im Gegensatz zu den übrigen Völkern des Kaukasus, immer stärker an die Politik Moskaus zu fetten.

Der Bolshewismus bediente sich dazu unter anderem auch des raffinierten Mittels der Ausnutzung der nationalen Gegensätze zwischen den Armeniern und ihren nördlichen sowjetfeindlichen Nachbarstämmen. Armenische Kommunisten wurden mit Vorliebe eingesetzt, wenn es galt, Erhebungen in Georgien oder Aserbeidschan blutig zu unterdrücken. So hat besonders das fürchterliche Blutbad in Baku am 31. März 1918, bei dem der armenische Bolshewist Stepan Schahumian 14 000 Aserbeidschaner hinfächelten ließ, einen unauflöslichen Haß zwischen Armeniern und Aserbeidschanern entfacht. Auf derselben Linie der sowjetischen *Divide-et-impera*-Politik liegt die Einseitigkeit des berüchtigten armenischen Tschekisten Mirzajan als Generalsekretär der Aserbeidschanischen kommunistischen Partei in den Jahren 1926—1931. Als solcher hat er die nationalen Erhebungen in Aserbeidschan auf so grausame Weise niedergeschlagen, daß Stalin diesen Massenmörder aus Transkaukasien entfernen mußte, da er auch das Blut zahlloser völlig unbeteiligter Intellektueller und Bauern auf dem Gewissen hatte. Trotzdem wurde Mirzajan kurze Zeit darauf zum Diktator Turkestans ernannt, wo er bis zum heutigen Tage unumschränkt herrscht. Er hat aus dem einst blühenden, reichen Lande eine chronischer Hungersnot ausgelegte Wüste gemacht, da Moskau in Turkestan den zur Ernährung der Bevölkerung notwendigen Getreideanbau immer stärker zurückdrängt, um ausschließlich Baumwolle anbauen zu lassen — übrigens ein probates Mittel des sowjetischen Imperialismus, um rebellische Nationalitäten an der Landare zu halten.

Aber nicht nur die Parteileitung in den kaukasisch-kaspischen Sowjetrepubliken hat Moskau mit Vorliebe armenischen Kommunisten anvertraut: auch die Verwaltungsorgane, besonders die GPU, sind mit ihnen durchsetzt worden. An der Spitze der gesamten Tscheka Transkaukasiens standen und stehen heute noch neben Juden berüchtigte armenische Kommunisten; die großen georgisch-aserbeidschanischen Aufstände wurden ausschließlich von armenischen Tscheka-Bataillonen unter Führung der Armenier Mjasnikoff und Astarbekian niedergeschlagen. Seit mehreren Jahren müht an der Spitze der aserbeidschanischen GPU der Armenier

Suntbatoff. Seine letzte Untat ist übrigens der grausame Vernichtungsfeldzug gegen die seit mehr als 100 Jahren in Aserbeidschan ansässigen Deutschen, in dessen Verlauf Tausende von deutschen Kolonisten nach Sibirien verbannt worden sind.

Damit sind aber die guten Dienste der armenischen Kommunisten für das Sowjetregime keineswegs erschöpft. Es ist eine von vielen Bewohnern festgestellte Tatsache, daß in den Partei- und Verwaltungsorganen der gesamten UdSSR neben den Juden die Armenier eine zu ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung der Sowjetunion in gar keinem Verhältnis stehende Rolle spielen. Während seit der Gründung des Sowjetstaates die übrigen Nationalitäten, Ukrainer, Turkestaner, Aserbeidschaner, Türken aus der Krim oder Tataren aus Kasan, Karelier usw., nie eine nennenswerte Stellung im Innen- oder Außendienst der UdSSR eingenommen haben, werden zahlreiche wichtige Posten Armeniern anvertraut. Sie haben ihren Vertreter in der Regierung (den Volkskommissar für Nahrungsmittel-Industrie, Mitsojan, einen Armenier aus Baku). Das Außenkommissariat, das sich fast ausschließlich in jüdischen Händen befindet, überträgt seit langen wichtige ausländische Posten Armeniern: die armenischen Genossen Davidian, Karachan, Bel-Zadjan u. a. m. sind es, die Vorschäfts- und Gesandtschaftsposten in Warschau, Ankara, Athen, Budapest, Teheran usw. bekleiden.

Eine besondere Rolle spielen die Armenier in den Organen der Kommunistischen Internationale. Der Agentenstab der Komintern in den Ländern des Nahen Ostens rekrutiert sich zu einem auffallend hohen Prozentsatz aus armenischen Tschekisten, weil erstens sie in diesen Ländern zu Hause sind und daher über unschätzbare Lokalkenntnisse und -beziehungen verfügen, und zweitens die Verwendung jüdischer Agenten, die sonst in fast allen Ländern die Hauptrolle spielen, sich im Nahen Orient als ein Fehlschlag erwiesen hat (siehe die Memoiren des armenischen Tschekisten Agabekoff). Wie erfolgreich die Arbeit der armenischen Komintern-Agenten in den Balkanstaaten, in Syrien, im Irak usw. gewesen ist, kann man daraus entnehmen, daß es ihnen gelungen ist, Tausende der dort lebenden armenischen Flüchtlinge nach Sowjet-Armenien zu loten, wo man sie an der türkischen Grenze angesiedelt hat. Auch die Aufstände der Ariforen (Armenier) im Irak im Jahre 1934 waren das Werk armenischer Komintern-Agenten. Besonders gern lassen sich die Armenier auch als Terroristen der Komintern verwenden. Die Ermordung der meisten in der Emigration lebenden georgischen und aserbeidschanischen Staatsmänner ist das Werk armenischer Tscheta-Agenten.

Moskau behandelt für alle diese Dienste die armenische Sowjetrepublik sehr wohlwollend. Ihre „Toleranz“ geht so weit, daß das berühmte Kloster Eghnadschin heute noch als Mittelpunkt der gregorianisch-armenischen Welt gebudelt wird. Und als das Oberhaupt der Armenischen Kirche, der Katholikos Kework V., starb, schenkte sich Stalin nicht, die Neuwahl eines Nachfolgers in Sowjet-Armenien 1932 zu gestatten, während zu gleicher Zeit die Moscheen in Baku und die Kirchen in Tiflis als Kinos und Gottloshäuser dienten.

Nach der eben erschienenen Darstellung eines jungen Armeniers (Boris Wartanoff: „Un Russe retrouve son pays“, Paris 1935) sind möglicherweise die Verhältnisse in Sowjetisch-Armenien heute in einer gewissen Wandlung begriffen. So sicher unzählige armenische Kommunisten einflußreiche Posten im gesamten Sowjetregime innehaben, so gewiß dürfte ein Teil der einheimischen Bevölkerung nur murrend das sowjetische Joch tragen. Wahrscheinlich ist auch hier die Erkenntnis vom Verhängnis des Volksweltums im Wadsjen begriffen.

Im ganzen gesehen, kann die profosowjetische Haltung der Armenier nur als kurzfristig bezeichnet werden. Es ist klar, daß Moskau sie nur als Schachfigur einerseits gegen die übrigen Kaukasusvölker, andererseits gegen die Türken, mit denen man in einer lediglich zweckbetonten Freundschaft lebt, benutzt. Kommt diese Rolle einmal in Fortfall, so wird Armenien von Moskau ebenso rücksichtslos behandelt werden wie die übrigen Nationalitäten der Sowjetunion.

Abkaffung des Kartensystems.

Am 26. September 1935 wurde in der russischen Presse eine von Stalin und Molotow unterzeichnete Verordnung des Rates der Volkskommissare und des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei über „Die Preisentwertung für Brot und die Aufhebung des Kartensystems für Fleisch, Fische, Zucker, Fette und Kartoffeln“ veröffentlicht, die für das gesamte Wirtschaftsleben der Sowjetunion von einschneidender Bedeutung ist. Das Kernstück der Verordnung besteht in der Bestimmung, daß in Weiterentwicklung der bereits mit der Aufhebung des Brotkartensystems begonnenen Kodierung der Zwangswirtschaft ab 1. Oktober d. J. die Zwangswirtschaft für Lebensmittel völlig beseitigt und daß für alle Nahrungsmittel ein staatlicher Einheitspreis festgesetzt wird. Die Festsetzung des Einheitspreises bedeutet dabei nicht die Bildung eines einheitlichen Preisniveaus für die gesamte Sowjetunion, sondern sie besagt nur, daß an einem gegebenen Orte eine Ware in den staatlichen Lebens-

mittelgeschäften nur zu einem bestimmten Preise erworben werden kann. Um den Gesetzen des Marktes und der freien Preisbildung unter Berücksichtigung der Befehls- und Transportkosten in etwas Rechnung zu tragen, sind für die einzelnen Warenkategorien, wie Brot, Mehlprodukte, Fleisch, Fisch, Fette, Zucker, territoriale Preiszonen gebildet worden, innerhalb deren die Preise für die einzelnen Waren gleich sind, während sie in den verschiedenen Zonen untereinander stark differieren. So kostet zum Beispiel ab 1. Oktober 1 Kilogramm Rindfleisch in Kasaktan 7 Rubel, in Moskau 7,60 Rubel, in Wladiwostok 12 Rubel, 1 Kilogramm Wurst in Kasaktan 15,50 Rubel, in Moskau 17 Rubel, in Wladiwostok 25 Rubel, während sich ungekocht der Preis für 1 Kilogramm Serringe in Wladiwostok auf 3,75 Rubel, in Moskau auf 4,50 Rubel und in Kasaktan auf 5 Rubel stellt. Es ergibt sich somit eine ziemlich umfangreiche Preistabelle, die jedoch den Vorteil hat, daß jeder Konsument in der Sowjetunion genau weiß, welchen Preis er in den staatlichen Geschäften für eine bestimmte Menge Lebensmittel an einem gegebenen Orte zu zahlen hat.

Die Preise halten sich etwa in der Mitte zwischen den sogenannten bisherigen Kommerzpreisen und den Preisen, die in den geschlossenen Verteilerstellen gefordert wurden, das heißt, sie sind gegenüber den Preisen in den allen Personen zugänglichen Geschäften erheblich ermäßigt und gegenüber den Preisen in den geschlossenen Verteilerstellen, in denen die Waren nur gegen Karten abgegeben wurden, wesentlich erhöht. So ist zum Beispiel der Preis für 1 Kilogramm Margarine in Moskau auf 10,50 Rubel festgesetzt worden, während er bisher in den Kommerzgeschäften 13 Rubel, in den Verteilerstellen 2,80 Rubel betrug. 1 Kilogramm Zucker, für das man bisher in den Verteilerstellen 2,50 Rubel, in den Kommerzgeschäften 7,50 Rubel bezahlen mußte, kostet in Zukunft 4,50 Rubel. Die Preise für Brot, Mehl und Getreide, die bereits im Dezember 1934 zugleich mit der Abschaffung des Brotkartensystems einheitlich festgesetzt wurden, sind wesentlich, durchschnittlich um 10 bis 20%, ermäßigt worden.

Die türkische Kokerei in Betrieb, aber Koksbezüge aus Deutschland. — Um die Errichtung einer Eisenhütte.

Der türkische Wirtschaftsminister hat nun feierlich die im türkischen Kohlenrevier von Ereğli-Zonguldak auf der See der Schwarzsee errichteten Halbkokfabrik, die schon seit einiger Zeit arbeitet, eröffnet. Das neue Werk ist in der Lage, 60 000 Tonnen Halbkok oder sogenannten Kunstkohlenbräun jährlich herzustellen, später soll ihre Kapazität

verdoppelt werden. An Nebenprodukten fallen etwa 500 Tonnen Benzol, 2280 Tonnen Teer und andere gemischte Nebenprodukte an. Die Baukosten der Fabrik betragen rund 1,5 Millionen Lira. Die Lieferung der Einrichtung erfolgte von der deutschen Firma Koppers, Essen, deren in Frankreich schon mit Erfolg angewandte Patente dem Fabrikationsprozeß zugrunde gelegt sind.

Bei der Einweihung führte der Minister aus, daß er sich von Zonguldak nach Karabül an der kürzlich eröffneten Bahnstrecke Zmal-Filios begeben werde, um sich dort mit den Vorstudien für die Errichtung eines Eisenhüttenwerkes vertraut zu machen. Als Standort der neu zu gründenden Eisenindustrie wurde ein Ort unweit des Kohlenbeckens von Ereğli gewählt, da Versuche von Sachverständigen erwiesen hätten, daß sich die Zonguldakkohle zur Herstellung von Hüttenkoks eigne. Wenn die bisher im Ausland vorgenommenen Versuche sich an Ort und Stelle bestätigen, werden die mit verschiedenen Industriegruppen, darunter der Firma Friedr. Krupp A.-G. wegen Einrichtung von Eisen- und Stahlwerken gepflogenen Verhandlungen bis zum Frühjahr 1936 zum Abschluß gebracht. Die Regierung hofft, dann innerhalb von zweieinhalb Jahren die geplante Hüttenindustrie in Gang setzen zu können. Die türkische Schwerindustrie wird vorerst mit importierten Eisenerzen arbeiten. Der Minister glaubt jedoch, daß, wenn die Einfuhr von Erzen aus irgendwelchen Gründen unmöglich werde, auch die inländischen Vorkommen, die verschiedentlich festgestellt aber nicht sehr reichhaltig sind, ausreichen werden, um eine jährliche Produktion von 100 000 Tonnen Roheisen und Stahl zu gewährleisten. Der Minister wies darauf hin, daß es in diesem Jahre gelungen sei, durch Konzentrations- und Rationalisierungsmaßnahmen die Kohlenförderungskosten um 2,5 Lira je Tonne herabzusetzen. Die Verkaufspreise für sämtliche Kohlenarten sind auch kürzlich um 1,30 Lira je Tonne gesenkt worden, und die Transportgebühren auf den türkischen Schiffen sollen ab Januar um 10 v. H. ermäßigt werden, vor allem auch mit Rücksicht auf die stark vom Kohlenpreis abhängigen Preise für Strom, Gas, Zement usw. Durch die Gründung einer Hüttenindustrie, sowie die Ausführung des geplanten großen Kraftwerks im Kohlenrevier, das die Montanindustrie mit Strom versorgen und eine Elektrifizierung der dortigen Bahnlinie ermöglichen soll, lasse den Absatz und Befestigungskosten der türkischen Kohle weiter verbessern. — Mit Rücksicht auf die bevorstehende Inbetriebnahme der Kokerei war jedoch die Einfuhr von Feuerungsmitteln stark beschränkt und die Verwendung von

Holzstohle für gewerbliche Zwecke in Orten mit Eisenbahn- oder Schiffsverbindung zur Schonung der türkischen Waldbestände verboten worden, so daß in Istanbul eine Knappheit an Feuerungsmaterial eintrat und die Preise stark stiegen. Das türkische Wirtschaftsministerium hat daher vorübergehend die Einfuhr größerer Koks mengen freigegeben.

Im Rahmen dieser Sondererlaubnis hat die Beamten Genossenschaft in Ankara aus Deutschland 4000 Tonnen Koks bezogen. Auch für Istanbul, wo Koks im Kleinverkauf zurzeit etwa 23,5 Tq. je Tonne, das sind etwa 27 RM, kostet, sind größere Koks geschäfte mit Deutschland abgeschlossen worden.

Palästina.

Nachlassende Konjunktur in Palästina.

Bekanntlich ist durch die zahlreiche Einwanderung in den letzten zwei bis drei Jahren viel Kapital nach Palästina gebracht worden, was einen starken Aufschwung der Wirtschaft zur Folge gehabt hat. Die Einwanderung bedingte zunächst eine große Nachfrage nach Wohnungsmöglichkeiten, was eine Steigerung der Mieten und damit eine rege Bauaktivität verursachte. Aber auch die übrigen Wirtschaftszweige wurden belebt, und es entstanden zahlreiche neue Geschäfte und Unternehmungen aller Art, die zunächst auch ganz befriedigend gingen, von denen aber anzunehmen war, daß sie bei einer Krise zurückgehen würden, namentlich, wenn nicht genügend Kapital vorhanden war. In der letzten Zeit hat die Hochkonjunktur etwas nachgelassen, wahrscheinlich auch wegen der seit Monaten bestehenden politischen Spannungen und infolge der Schwierigkeiten beim Transfer deutsch-jüdischen Vermögens. Im-

merhin kommen aber noch immer den Ausweisen der Regierung nach durch Einwanderer erhebliche Summen ins Land, so daß es an sich gut möglich gewesen wäre, die Hochkonjunktur langsam und ohne Erschütterungen der Wirtschaft wieder in eine normale Konjunktur überzuführen. Die zunehmende englisch-italienische Spannung in der Abessinienfrage bewirkte in der Wirtschaft Palästinas eine um sich greifende Nervosität. Dies zeigte sich vor allem in den Kapitalrückziehungen beim Banco di Roma, über dessen Schicksal im Fall eines Krieges zwischen England und Italien das Publikum beunruhigt war, und bei der Ahrabank. Zwar entschrieben die Banken ohne größere Schwierigkeiten den an sie gestellten Anforderungen, aber die Nervosität des Publikums wirkte sich doch in Abhebungen auch bei den übrigen Banken, hauptsächlich bei einigen Banken in Tel-Aviv aus. Da die Banken den an sie gestellten Anforderungen nachkamen und ein kriegerischer Konflikt nicht ausbrach, beruhigte sich das Publikum wieder etwas und hat angeblich einen Teil der abgehobenen Beträge wieder an die Banken zurückgezahlt. Immerhin haben sich die Banken doch entschlossen, in Anbetracht der Gefährlichkeit derartiger Abhebungen eine gesteigerte Liquidität beizubehalten und haben dementsprechend den Diskontokredit eingeschränkt. Da jedoch ein großer Teil des wirtschaftlichen Lebens Palästinas auf dem Wechseldiskontokredit beruht, bedeutet seine Einschränkung den Beginn einer Krise. Es ist nicht gesagt, daß sich die Lage nicht wieder festigen kann, doch dürfte dies selbstverständlich nur im Zusammenhang mit dem Nachlassen der politischen Spannung zwischen England und Italien geschehen können.

Aus fremden Räumen

Eine Gasmaskenfabrik in der Türkei.

Nähe der türkischen Hauptstadt Ankara wurde eine vom „Roten Halbmond“, der dem Roten Kreuz entsprechenden Organisation in der Türkei, in Auftrag gegebene Gasmaskenfabrik dem Betrieb übergeben. Die Herstellungskosten der Anlage betragen insgesamt 715 000 Tq., wovon 400 000 Tq. auf Bauten und Kraftstationen, der Rest auf die Spezialmaschinen entfällt. Um den Betrieb unter allen Umständen zu sichern, wurde eine eigene elektrische Kraftstation und ein kleines Gaswerk eingebaut. Ferner findet sich eine Anlage zur Herstellung von Aktivkohle, die für die Maskenfilter notwendig ist, vor. Die Leistungsfähigkeit der Fabrik beträgt 100 000 Masken jährlich bei normaler Besetzung mit

400 Arbeitern, sie könne jedoch durch Verdopplung und Verdreifachung der Schichten wesentlich erhöht werden. Zuerst wird ausschließlich der Bedarf der Armee gedeckt werden, danach der der Städte. Die Betriebsüberschüsse fließen den Fonds des Roten Halbmonds zu. Bei der Vergabung der Einrichtung standen Firmen aus verschiedenen Teilen des Auslandes in scharfem Wettbewerb.

Das erste türkische Tankerschiff auf eigener Werkst.

In der Werft des türkischen Kriegshafens Goldschül im Golf von Ismit ist ausschließlich von türkischen Ingenieuren, Werkmeistern und Arbeitern und, soweit es möglich war,

mit türkischem Material ein kleines Tankerschiff fertiggestellt, was insofern bedeutungsvoll ist, als es das erste Schiff dieser Art darstellt, das in der Türkei gebaut wurde. Nach Fertigstellung neuer Anlagen im Hafen von Goldschül sollen weitere Bauten folgen. Die neue Einheit hat bei einem Tiefgang von 3,70 Meter eine Länge von 59,10 Meter und eine Breite von 9,54 Meter. Es wird in der Lage sein, 1255 Tonnen Öl aufzunehmen und mit voller Ladung eine Geschwindigkeit von 10 Meilen zu entwickeln. Die Maschinenanlage besteht aus Dieselmotoren von 700 PS. Mit der Erweiterung der Werftanlagen wurde eine holländische Firma beauftragt.

Aus dem Irak.

Die zwischen der britischen Regierung und dem irakischen Staat geführten Verhandlungen zwecks Ankaufs und Ueberführung der bisher von England betriebenen Bahnstrecke im Irak auf den irakischen Staat haben nun zu einem Ergebnis geführt. Die irakische Regierung wird dafür in vier jährlichen Raten insgesamt 400 000 Lst. entrichten. — Die, wie gemeldet, vor einiger Zeit beschlossene Gründung einer staatlichen Landwirtschafts- und Industriebank für das Königreich Irak ist nun durch den Erlass des entsprechenden Gesetzes Tatsache geworden. Der Hauptsitz wird in Bagdad sein. Man hofft, das Institut im April 1936 eröffnen zu können.

100 Millionen Japaner!

Nach der am 1. Oktober d. J. stattgefundenen japanischen Volkszählung beläuft sich die Gesamtzahl der Bewohner des „Japanischen Empires“ auf fast 100 Millionen Menschen, von denen rund 70 000 000 in Japan selbst, der Rest in Korea, Formosa, der Mandschurei, dem Kwantunggebiet und auf den Südsee-Inseln lebt. Die Bevölkerung in Japan selbst ist in diesem Jahre um 4,8 Millionen Köpfe oder um 7,4 v. H. gestiegen, die Bevölkerungsdichte beträgt im Durchschnitt 181 Menschen auf dem Quadratkilometer. Von den vorhandenen 127 Städten haben 34 eine Bevölkerung von mehr als 100 000 Einwohnern, von diesen marschiert Tokio mit 5,87 Millionen Einwohnern an der Spitze, es folgt Osaka mit fast 3 Millionen. Die Gesamtzahl der japanischen Bevölkerung auf den Inseln, dem Festland und in Uebersee wird mit 99 453 629 angegeben.

Niederländisch-Indien will japanische Autoreiseneinfuhr abwehren.

Die „Goodyear“-Fabrik in Buitenzorg auf Java, wohl die einzige Gummireifenfabrik Niederländisch-Indiens, hat in den letzten Jahren in zunehmendem Maße unter der

Konkurrenz der Reifeneinfuhr aus Japan zu leiden gehabt. Laut „Java-Bode“ soll nun binnen kurzem eine Kontingentierung der Autoreiseneinfuhr zu erwarten sein.

Mandschurei.

Bestimmungen für ausländische Aerzte.

Die mandschurische Regierung hat auf Anfrage mitgeteilt, daß sie bisher keine Bestimmungen über die Zulassung ausländischer Aerzte in der Mandschurei erlassen habe. Deutsche Aerzte, die sich dort niederlassen wollen, müssen über das für ihren künftigen Wohnsitz zuständige Deutsche Konsulat ein entsprechendes Gesuch an die Regierung in Peking richten, dem die nötigen Unterlagen einschließlich Lebenslauf und Diplom (letzteres in beglaubigter Abschrift) beigelegt sein müssen.

Die Existenzmöglichkeiten für zuziehende ausländische Aerzte sind in der Mandschurei ungünstig, da schon eine über den Bedarf hinausgehende Anzahl solcher Aerzte dort anlässlich ist und ihr Patientenkreis infolge ständigen Zugangs japanischer Aerzte allmählich kleiner wird.

Das Mindesteinkommen einer 3- bis 4-köpfigen Arztfamilie wird auf etwa 600,— Manch. § gleich etwa 425,— RM monatlich berechnet.

Kostlage der Philippinen.

„La Nouvelle Dépêche“ berichtet, daß die seit dem 1. Juli d. J. von US Amerika als unabhängig anerkannten Philippinen wirtschaftlich derartig Not litten, daß die philippinische Regierung die Neuordnung des Staates bereits bedauere. Die Philippinen, die bis jetzt durch den Handel mit US Amerika jährlich 200 Millionen Pesos verdient hätten, ständen vor dem völligen wirtschaftlichen Ruin. Die Vereinigten Staaten, die bisher Hauptabnehmer der Erzeugnisse waren, hätten den Export von den Inseln zugunsten der eigenen Farmer völlig abgedrosselt. Die Regierung sähe sich daher nicht mehr in der Lage, die überdies zu hoch angelegten Gehälter der Beamten zu bezahlen. Die verschiedenen Eingeborenensämme seien auch unter sich uneinig, geschürt durch eine gesteigerte kommunistische Propaganda.

Neue Radiostation im Großen Ozean.

Nach Mitteilung der B. J. M. ist Anfang September d. J. in Port Moresby auf Neuguinea eine Radiostation errichtet worden. Man hofft von dort aus auch Deutsch-Neuguinea mit den neuesten Tagesnachrichten versorgen zu können. Da die Station nicht sehr stark ist, beabsichtigt die Australasia

Broad-Casting Co. eine weitere Station in Suda auf den Fidji-Inseln ins Leben zu rufen. Diese soll mit so starken Apparaten ausgerüstet werden, daß ihre Reichweite bis zu den Salomonen und Tahiti geht. Die neuen Rundfunkstationen bilden, wie die australischen Zeitungen betonen, einen Markstein in der Entwicklung der Südsee.

Der Kaffee in den französischen Kolonien.

„La Dépêche Coloniale“ beklagt in einem Leitartikel, daß die Befestigung des französischen Mutterlandes mit Kaffee aus den Kolonien nicht genügend beachtet werde. Einer der Hauptlieferanten Frankreichs wäre Brasilien, trotzdem im eigenen Kolonialreich die Produktionsmöglichkeit des Kaffees so groß sei, daß der Import aus fremden Ländern ausgeschaltet werden könnte.

Die Weltproduktion von Kaffee würde auf 2 Millionen Tonnen pro Jahr geschätzt. Bei einem Weltverbrauch von 1 500 000 Tonnen pro Jahr. Davon absorbierten die Vereinigten Staaten fast die Hälfte und Frankreich 180 000 Tonnen. Es bestebe daher seit mehreren Jahren eine erhebliche Ueberproduktion, die zu großen Stapellagern geführt hätte. Diese Läger wären ins Ungeheure gewachsen, wenn Brasilien nicht seit 1931 über 2 Millionen Tonnen Kaffee verbraucht hätte. Die tropischen Kolonien Frankreichs, so wird weiter ausgeführt, liefern zurzeit 20 000 Tonnen, d. h. 1 v. H. der Weltproduktion. Daran seien vor allem Madagaskar und das Mandatgebiet Kamerun beteiligt. Das Mutterland würde also mit nur 11 v. H. seines Kaffeeverbrauchs aus den eigenen Kolonien befriedigt werden, während es gezwungen wäre, 50 v. H. aus Brasilien zu importieren. Leider beherrsche Brasilien völlig den Markt und drücke das Preisniveau des Kaffees. Dieser sei gegen das Jahr 1925 jetzt um fast zwei Drittel gefallen. Der französische Kolonialkaffee könne dagegen natürlich nicht konkurrieren, es sei denn, daß die Regierung durch genaueste Ueberprüfungen in den Kolonien neue erfolgversprechende Kaffeekulturen anlegen lasse. Allein in A. E. F. könnte durch geschickte Maßnahmen der Wafache Betrag von jetzt 1000 Tonnen geerntet werden.

Stützpunkte des Kolonialbolshewismus

Moskau will Konsulate in Belgisch-Kongo errichten.

Die Sowjetregierung beabsichtigt, in Zentralafrika im Gebiet von Belgisch-Kongo eigene Konsulate einzurichten. Der jüdische Sowjetgesandte Rubinin hat den Auftrag erhalten, die Zustimmung der königlichen belgischen Regierung in Brüssel hierfür zu erwirken.

Besonders bemerkenswert ist diese Nachricht deshalb, weil im Kongogebiet herzlich wenig „Sowjetbürger“ zu betreten sein dürfen — und das ist doch wohl die eigentliche Aufgabe derartiger diplomatischer Einrichtungen.

In Nord- und Südafrika bestehen schon seit langem kommunistische Parteien, die in organisierter Kampagne die Kolonialvölker dieser Distrikte mit dem Bolshewismus zu beglücken versuchen. Für Zentralafrika fehlten bisher solche Stützpunkte der Moskauer Propaganda. Die hier eingeleiteten Aktionen hatten mehr sporadischen Charakter.

Die belgische Regierung wird mit Recht argwöhnen, daß diese „Konsulate“ zu Zentralen kommunistischer Propaganda bestimmt sind und sich zu Stützpunkten des Kolonialbolshewismus nicht nur für Belgisch-Kongo, sondern für ganz Zentralafrika entwickeln sollen. Es ist daher nur zu begreiflich, daß sie die Genehmigung dieser „Sowjetkonsulate“ hinauszögert.

Errichtung einer meteorologischen Station in Duala.

Wie aus französischer amtlicher Quelle verlautet, wird in Duala eine meteorologische Station errichtet, deren Aufbau der Kommissar der Republik bereits vor einigen Monaten genehmigt hat. Die Aufgabe der Station soll die sein, den Flugverkehr im Golf von Guinea, der durch widrige Luftbewegungen stark gefährdet ist, durch rechtzeitige Wettermeldungen usw. zu sichern. Mit der Betriebserröffnung ist Anfang März nächsten Jahres zu rechnen.

Austrocknung des Tschad-Sees.

Die französische Kolonialzeitung „La Nouvelle Dépêche“ beschäftigt sich wieder einmal mit der in letzter Zeit oft aufgeworfenen Frage, ob der im Nordosten unserer Kolonie Kamerun gelegene Tschadsee der Gefahr des Austrocknens ausgesetzt sei. Es wäre, abgesehen von der aus der Sahara auf ihn zugehenden Wanderdünen behauptet worden, so führt die Zeitung aus, daß einer der Hauptzuflüsse des Tschadsees, der Logone, künftig seine Wasser in den Benue und damit über den Niger in den Ozean ergießen würde. Der Logone solle schon jetzt eine direkte Verbindung mit dem Benue haben. Zur Klärung dieser Angelegenheit habe sich der frühere Gouverneur des Tschadgebietes an Ort und Stelle begeben und festgestellt, daß es sich um unhaltbare Gerüchte handle.

Neues Industrieunternehmen in der Südafrikanischen Union.

Aus Johannesburg wird gemeldet, daß die Explosiv- und Industrie A. G. den Aufbau von Pflanzungen zur Gewinnung von

sen. Man hätte daher erwarten können, daß Groß-Britannien Italien freie Hand in Abessinien lassen würde, anstatt ein unzulässiges Land wie Abessinien auch noch mit ¹ zu versorgen. Es erhebt sich ferner die Frage, warum man Italien nicht wenigstens seinen Schiffsverkehr nach seinem Willen ausbauen ließe, da Italien ja nicht in die Verkehrsbeziehungen zwischen England und Afrika eingreife. Auch die Abmachungen von Triana bedeuteten eine starke Benachteiligung für Italien. England, so meint das genannte Blatt, habe in Afrika mehr als in Asien Gelegenheit, zu zeigen, daß es wirklich bereit ist, Italien bei der Lösung seines Bevölkerungsproblems zu unterstützen.

Der britische Flugdienst nach der Südafrikanischen Union.

Die „African World“ meldet, haben die Luftfahrtministerien von England und Südafrika beschlossen, bereits für die nächste Zukunft einen beschleunigten Luftverkehr zwischen London und Durban einzurichten. Im kommenden Jahr soll ein zweiwöchentlich regelmäßiger Flugverkehr in beiden Richtungen aufgenommen und die Strecke in vier Tagen bewältigt werden. Man rechnet mit einer Flugeschwindigkeit der in Dienst zu stellenden neuen Flugtypen von 190 englischen Meilen pro Stunde. Die Fluglinien sind bereits festgelegt werden im Einverständnis mit den in Frage kommenden Gouvernements der verschiedenen Kolonien, u. a. auch der Mandatsverwaltung von Deutsch-Ostafrika.

Große Goldlager in den französischen Kolonien.

Die Goldlager am oberen Niger in der französischen Kolonie Nigeria sollen, nachdem nunmehr erschöpfende Untersuchungen angestellt sind, mindestens ebenso groß sein wie die von Südafrika. Wenn sich die Vermessungen und Prüfungen als wichtig erweisen, sollen in der Kolonie mit Hilfe des französischen Kolonialministeriums umfangreiche Erschließungsarbeiten systematisch durchgeführt werden.

Portugal verteidigt in Genf seine Kolonien.

Die Genfer Berichterstatterin von „Le Monde Colonial Illustré“ veröffentlicht einen interessanten Bericht über die portugiesische Kolonialpropaganda in Genf und über die Neu belebung des Kolonialgedankens in Portugal. Während der Genfer Tagung wurden von portugiesischer Seite in sehr geschickter Weise zwei Kolonialwochen veranstaltet, die fast ebensoviel Beachtung gefunden haben wie der italienisch-abessinische Konflikt. Vorträgen über die portugiesischen Kolonien

Chankali zunächst für 500 Tonnen bei Modderfontein anlegen will. Falls sich, wie zu erwarten, der neue Industriezweig bewähre, soll die Produktion durch weitere Maßnahmen erheblich gesteigert werden. Das Chankali soll in den Handminen Verwendung finden, und man hofft, den Import dieses Artikels in Zukunft ausschalten zu können.

Die neuerstehenden Industrien in der Union haben Professor Dr. Leppa, den Dozenten für Ackerbau und Landwirtschaft an der Universität Pretoria, veranlaßt, darauf hinzuweisen, daß sich die Landwirtschaft in der Union zu sehr der Industrie anschmiege. Es wären zurzeit nur 5 v. H. von dem für die Landwirtschaft auszunübenden Boden unter Kultur genommen. Hier müsse die Regierung schleunigst eingreifen, wenn es dem Lande nicht eines Tages sehr zum Schaden gereichen solle.

Der Weg Deutschlands zu Kolonien.

Der diplomatische Korrespondent des „Manchester Guardian“ beschäftigt sich in einem Aufsatz in dem genannten Blatt mit der Frage der deutschen Wiederaufrüstung und meint am Schluß seiner Ausführungen, es sei wahrscheinlich, daß Deutschland im „kommenden“ Jahr einen Anspruch auf Kolonialbesitz in Ueberfließ geltend machen würde. Es läge aber nicht in Hitlers Absicht, die Forderung nachdrücklich zu erheben oder eine politische Aktion zur Gewinnung einer Kolonie durchzuführen, er trage sich vielmehr mit dem Gedanken, für einen derartigen Anspruch eine Formulierung zu finden, die den Charakter eines Fühlers hat. Es sei, so meint der Korrespondent des „Manchester Guardian“ weiter, auch noch unentschieden, ob Deutschland Anspruch auf ein Mandat erheben würde, oder die Rückgabe einer ehemaligen Kolonie fordern würde. Höchstwahrscheinlich werde Deutschland seine Forderung darauf beschränken, eine Anerkennung seines „Rechtes auf Kolonien“ durchzusetzen. Hitlers Hauptinteresse sei darin zu suchen, die Forderung so zu formulieren, daß in England weder Mißtrauen noch Unbehagen aufkommt.

Italien und England auf dem afrikanischen Kontinent.

„Il Commercio Italo-Africano“ wendet sich in einem Artikel den italienisch-englischen Beziehungen auf dem afrikanischen Kontinent im allgemeinen zu und geht dann auf die Beziehungen der beiden Völker in Südafrika ein. Die neue italienische Schifffahrtslinie bedeutet für die englischen Schifffahrtsgesellschaften trotz aller Abkommen eine unangenehme Konkurrenz. Der englische Außenminister habe, das sei besonders zu betonen, als er von den Nationen im beengten Lebensraum sprach, Italien mit eingeschlos-

schloß sich die Darbringung verschiedener Filme aus der portugiesischen Kolonie Angola an.

Die portugiesische Kolonialgeschichte wurde im Verlauf der Kolonialwoche dargestellt von ihrem ersten Anfange, den portugiesischen Entdeckungstreffen, bis hin in die neueste Zeit. Selbst darauf wurde hingewiesen, daß es sogar in Abyssinien eine Zeit portugiesischer Besetzung gegeben hat. In dem Gedanken, die gegenwärtige Politik Portugals darzustellen, wurde darauf hingewiesen, daß Fremde an der Einwanderung in die portugiesischen Kolonien nie gehindert wurden, so gebe es in Angola bereits 400 Deutsche.

Der Kolonialen Wissenschaft dienen außer der Kolonialschule in Lissabon die kolonialwissenschaftlichen Lehrstühle an jeder der portugiesischen Universitäten.

Das britische Weltreich und der Weltfrieden.

In einer Ansprache über das Thema „Das britische Weltreich und der Weltfrieden“ wurde in der Frage der deutschen und italienischen Kolonialforderungen als Hauptargument die wachsende Bevölkerung beider Länder behandelt. Sir George Schuster richtete an seine Zuhörer die Frage, warum denn Mussolini in seinem politischen Programm für einen Bevölkerungszuwachs in Italien eintrete. Er täte das zu einer Zeit, in der sich die Verhältnisse stark geändert hätten, in der die Geburtenziffern in anderen europäischen Staaten fortlaufend zurückgingen. Der Geburtenzuwachs könne im Bereich der italienischen Politik nicht das Primäre sein für die Forderung nach Ellbogenfreiheit, sondern ein Mittel, den Wunsch nach Expansion und Erweiterung der Macht und Bedeutung der italienischen Nation zu stärken.

Aus deutschen Kolonien

Das Reich und die kolonialen Bestrebungen.

Unter diesem Titel veröffentlichten die „Reichsorgane“ unter Hinweis auf zwei in der „Afrique Française“ erschienene Artikel über das deutsche Kolonialproblem einen Bericht über die Kolonialschule der Väter vom Heiligen Geist bei Leersee (München-Glabbad). Der Bericht stützt sich, wie der nichtgenannte Verfasser angibt, auf Ausführungen, die der Leiter der Kolonialschule, Vater Sonnenschein, vor längerer Zeit gemacht hat.

Das Ziel der Schule sei, junge Leute, die

Vom Standpunkt des Bevölkerungsproblems müsse man zu der Erkenntnis gelangen, daß Länderwerbungen in Afrika eine Lösung des Bevölkerungsproblems für Italien nicht bedeuten. Es könne überhaupt nicht die Rede davon sein, daß Afrika die italienischen Auswanderer — 700 000 vor dem Kriege — aufnehmen könne.

Sich Deutschland zuwenden, erklärte Sir George Schuster weiter, daß die Gesamtzahl der Deutschen in den deutschen Kolonien vor dem Kriege kleiner gewesen sei als die Zahl der Deutschen in London. Allein das sei bezeichnend für die Lage des Problems.

Rückgängige Bevölkerungsbewegung in Italien.

Nach der neuesten amtlichen Bevölkerungsstatistik beträgt die Bevölkerung Italiens Ende November 43 458 000 Seelen. Die Zahl der Heiraten bleibt mit 24 000 für den Monat November um 12 000 gegenüber dem Vorjahre zurück. Auch die Zahl der Heiraten für die ersten elf Monate 1935 mit 250 000 ist gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres um 19 600 niedriger. Der Geburtenüberschuß in den ersten elf Monaten des laufenden Jahres mit 375 000 bleibt ebenfalls gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres zurück, und zwar um 21 500.

Italien als Käufer ägyptischer Baumwolle.

Die ägyptischen Blätter berichten, daß die Nachfrage Italiens nach Baumwolle wegen der bevorstehenden Sanktionen außerordentlich gestiegen sei. Die Eisenbahn wäre nicht imstande, den geforderten Transporten von Baumwollballen nach Alexandria zu entsprechen. Vom 17. bis 24. Oktober wären 70 000 Baumwollballen in Alexandria eingetroffen und sofort nach Italien verschifft worden. Dies gegenüber nur 25 000 Ballen in der gleichen Zeit des Vormonats.

die Absicht haben, in fremde Länder zu gehen, vorzubereiten und ihnen die Grundsätze deutscher Auslandsiedlung zu vermitteln. An den Unterricht soll sich die praktische Kolonisation anschließen, die den deutschen Forderungen auf Rückgabe der Kolonien gebührenden Rücksicht gewähren würde.

Die Arbeit, so heißt es weiter, erstreckt sich auf die Anlehnung der Auswanderungswilligen in den alten deutschen Kolonien in den bereits erschlossenen Gebieten. Die Einzelheiten der Ausbildung sind in dem genannten Bericht besonders behandelt. Als Haupt-

ziel der Arbeit sei Deutsch-Südwestafrika ins Auge gefaßt worden, wo die Väter vom Heiligen Geist bereits ansässig sind. Es sei wohl anzunehmen, daß die Organisation in ihren Arbeiten gut vorantomme. Der Leiter selbst befindet sich auf einer Inspektionsreise in Angola. Man solle die Wichtigkeit des Unternehmens nicht überschätzen, da die Zahl der hinausgeschickten Deutschen immerhin bescheiden sei. Aber das Vorhandensein eines solchen Instituts und seine Grundsätze verdienen doch die Aufmerksamkeit des französischen Volkes.

Deutschland und die Kolonialfragen.

„La Presse Coloniale“ (Paris) 2656/11. 35 veröffentlicht einen längeren Artikel über den geplanten Besuch von Ribbentrops in Paris, worin es u. a. heißt, daß es unzweckmäßig und vergeblich sein würde, wenn man der Wirtschaftsexpansion Deutschlands in Afrika immer ein Veto entgegenstellen und die deutsche Technik bei der Erschließung der Kolonien ablehnen würde. Im übrigen sei nicht gesagt, daß Deutschland unbedingt den tatsächlichen Besitz der Kolonie verlange; man könne annehmen, daß Deutschland sich mit anderen Möglichkeiten in Afrika zufrieden geben würde, seinen Rohstoffbedarf zu decken und Absatzgebiete zu finden; gegebenenfalls sogar unter Beibehaltung der politischen Zugehörigkeit der Kolonien zu Frankreich. Dr. Schaack habe bei der Beratung des Young-Planes gesagt, daß ihm die Frage der Frage wenig wichtig sei. Seitdem hätten allerdings Preisfragen in Deutschland eine neue Bedeutung erhalten, durch die eine Regelung dieser Fragen nicht gefördert werde.

Der Anschlußgedanke in Deutsch-Südwestafrika.

Entgegen dem Beschluß der Regierung der Südafrikanischen Union forderte der frühere Administrator von Deutsch-Südwestafrika, A. F. Werth, in einer in Kapstadt vor der Südafrikanischen Kommission gehaltenen Rede eine einheitliche Rechtspflege für Deutsch-Südwestafrika und die Union. Die Union solle ferner, so forderte Werth, die Bearbeitung aller Eingeborenenangelegenheiten übernehmen. Im übrigen müsse Deutsch-Südwestafrika im Parlament der Union vertreten sein. Wenn auch die Zeit für eine Eingliederung Deutsch-Südwestafrikas als fünfte Provinz in die Union noch nicht gekommen sei, so sei es doch erforderlich, bereits vorläufige Maßnahmen mit dem Endziel einer Eingliederung zu treffen.

Dazu schreibt die Deutsche Kolonialgesellschaft: Der alte von der Vereinigten Südwester Partei im Windhuker Landesrat vertretene Plan, Deutsch-Südwestafrika als

fünfte Provinz in die Union einzugliedern, wurde noch im laufenden Jahre von der Regierung des Generals Herzog eindeutig zurückgewiesen. Wenn der ehemalige Administrator von Deutsch-Südwestafrika heute entgegen dem Willen der Regierung für eine Eingliederung Deutsch-Südwestafrikas eintritt, so erscheint das nachträglich charakteristisch für einen Mann, der die Verwaltung des Mandatsgebietes treuhänderisch übernommen hatte. Darüber hinaus aber erwächst gerade der deutschen Kolonialbewegung die Aufgabe, alle Versuche zu registrieren, die darauf hinauslaufen, den Mandatscharakter der deutschen Kolonien unzuwenden.

Die landwirtschaftliche Erschließung der deutschen Kolonie Togo.

„La Nouvelle Dépêche“ berichtet von einer Neuorganisation der Forst- und Landwirtschaft in dem unter französischem Mandat stehenden Togo. Nach den neuen Verwaltungsrichtlinien wurde das Mandat in drei Verwaltungsabschnitte, Nord-, Süd- und Mittel-Togo, mit den Hauptverwaltungsstellen Sokode, Lome und Atakpame, eingeteilt. Die von der Verwaltung eingerichteten landwirtschaftlichen Stationen mit Ausnahme von Natija, dem Zentrum des Baumwollanbaues, werden fortan von der Landwirtschaftsabteilung einheitlich geleitet.

Goldgewinnung in Deutsch-Neuguinea.

Die „Pacific Islands Monthly“ hat kürzlich das Ansteigen der Goldgewinnung in dem zurzeit unter australischem Mandat stehenden Deutsch-Neuguinea veröffentlicht. Danach wurden im Jahre 1930 Gold im Werte von 131 032 £ gewonnen, im Jahre 1933 934 000 £ und im Jahre 1935 1 897 244 £. Die von der Mandatsverwaltung erhobenen Abgaben beliefen sich auf 88 223 £. Durch die Goldgewinnung, so schreibt die Zeitung weiter, seien die verminderten Einnahmen aus dem Kopraexport reichlich aufgehoben worden. Dies, obgleich im Jahre 1928 fast die gleiche Tonnenzahl an Kopra wie 1935 exportiert worden sei. Der Wert wäre aber infolge des Preissturzes von 176 000 £ auf 250 000 £ gesunken.

Unsicherheit in Deutsch-Neuguinea.

Die Klagen über die zunehmende Unsicherheit im Mandatsgebiet von Neuguinea wollen nicht verstummen. Immer wieder wären, so wird von den australischen Zeitungen ausgeführt, weiße Ansiedler und besonders ihre Frauen den Terrorakten der Eingeborenen ausgesetzt, weil die Mandatsgesetze nicht genügend Handhabe zum Ein-

schreiten gegen die Eingeborenen böten. So schreibt ein Anlieber jetzt an die B. F. M., daß im Morobe-Golddistrikt so unhaltbare Verhältnisse herrschen, daß man vom Standpunkt der Lebensfähigkeit des Euro päers ebenso gut an dem abessinischen Krieg teilnehmen könnte. Die Mandatsverwaltung hätte die Angelegenheit zwar in Geis zur Sprache gebracht, es sei aber nichts unternommen worden. Es wäre an der Zeit, sich der deutschen Geheje zu erinnern, die Ruhe und Ordnung im Lande geschaffen hätten.

Grenzberichtigungen in Deutsch-Kamerun.

„La Nouvelle Dépêche“ berichtet, daß die französische Mandatsverwaltung in Kamerun einige Grenzberichtigungen am Logone und in Südamerun mit Afrique Equatoriale Francaise vorgenommen habe. Einige Eingeborenenörter seien Kamerun, andere dagegen A. E. F. zugesprochen worden. Die lokalen Behörden würden die neuen Grenzen im Sinne der Bewohner vorschlagen, damit sie dann von dem Gouvernement bestätigt werden.

Industrienachrichten

Günstige Entwicklung des deutschen Kunstseiden-Außenhandels

Der deutsche Kunstseiden-Außenhandel, der lange Zeit hindurch erhebliche Devisenbeträge verschlungen hatte, ist neuerdings eine Quelle wachsender Devisenüberschüsse. Im August ergab die Handelsbilanz erstmalig seit Januar vorigen Jahres wieder einen Aktivsaldo von 140 000 RM, der sich im September auf 204 000 RM und im Oktober auf 433 000 RM erhöhte gegenüber einem Passivsaldo von 1,4 Mill. RM im Oktober 1934. Die Ausfuhr von Kunstseidengarnen hatte im Oktober gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres eine Steigerung von 298 200 auf 547 800 kg aufzuweisen, während die Einfuhr bei diesem Vergleich einen Rückgang von 665 300 auf 395 800 kg zeigt. Wie aus folgender Zusammenstellung ersichtlich ist, steht die Entwicklung des Außenhandels in diesem Jahre bereits seit längerer Zeit im Zeichen steigender Ausfuhr und zugleich sinkender Einfuhr.

	Ausfuhr	Einfuhr
	in 1000 kg	in 1000 kg
1. Quartal, monatl.	679,8	327,5
2. Quartal, monatl.	470,5	394,4
3. Quartal, monatl.	329,3	510,8
Oktober 1935	298,2	547,8
	395,8	665,3

Die Einfuhr von Kunstseidengarnen ist in den vergangenen 10 Monaten dieses Jahres gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres um 2 080 200 auf 5 718 900 kg zurückgegangen. Die Ausfuhr hat dagegen nur um 490 000 auf 4 246 000 kg abgenommen. Die Handelsbilanz der abgelaufenen 10 Monate 1935 schließt mit einem Passivsaldo von 7,6 Mill. RM ab gegenüber einem solchen von 14,3 Mill. RM in den entsprechenden Monaten des vergangenen Jahres.

Die Aktiengesellschaften in Deutschland

Nach einer Mitteilung des Staatssekretärs Schlegelberger bestanden am 31. Dezember

1933 in Deutschland insgesamt 9148 Aktiengesellschaften mit einem Gesamtgrundkapital von 20 634 Milliarden Reichsmark. Diese Aktiengesellschaften gliederten sich wie folgt:

Grundkapit.	Anzahl	Gesamtkapit.
von RM	bis RM	RM
5 000	50 000	1134
50 000	100 000	1202
100 000	500 000	3117
500 000	1 000 000	1103
1 000 000	3 000 000	1512
3 000 000	20 000 000	906
	über 20 000 000	174
		20 634,7 Mill.

Stark gesteigerter Auslandsabsatz der deutschen Automobilindustrie

Die deutsche Automobilindustrie hat das ganze Jahr 1935 hindurch bemerkenswerte Ausfuhrerfolge zu verzeichnen. Auch im Oktober konnte eine ungewöhnlich große Anzahl deutscher Automobile im Auslande abgesetzt werden. Es wurden insgesamt 2255 Personen- und Lastkraftwagen ausgeführt gegen 1768 Stück im September. Nachstehende Uebersicht ermöglicht einen Vergleich der Ausfuhrentwicklung des laufenden Jahres mit der der Vorjahre.

	1933	1934	1935
Januar	509	619	819
Februar	658	669	1202
März	1181	1239	1727
April	1355	1286	1963
Mai	1120	1530	2780
Juni	1483	1581	2061
Juli	1522	1319	2879
August	1236	1463	2373
September	1229	849	1768
Oktober	1227	870	2255

In den ersten 10 Monaten dieses Jahres hat Deutschland 19 827 Automobile ausgeführt gegen 11 425 Wagen im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Der Ausfuhrerlös ist

von 23,61 Mill. Mark 1932 auf 23,63 Mill. Mark 1933, 24,32 Mill. Mark 1934 und 38,09 Mill. Mark im laufenden Jahre gestiegen. In diesen Zahlen ist die ebenfalls einen stattlichen Millionenbetrag darstellende Ausfuhr von Einzelteilen für Kraftwagen und von Automobilmotoren nicht einbezogen.

Die Industrie- und Handelskammer Hamburg hat ihren üblichen Jahresbericht erstattet, der auch in weiteren Kreisen große Beachtung gefunden hat.

Nach den Feststellungen der Kammer ist die außenwirtschaftliche Entwicklung Deutschlands in ruhigeren Bahnen als im Jahre 1934 verlaufen. Das Jahr 1935 brachte das Ergebnis einer mit dem neuen Plan begonnenen Politik, die, im Ganzen gesehen, der deutschen Außenwirtschaft eine sichere Grundlage und teilweise auch eine Belebung brachte.

Nachdem im ersten Halbjahr 1935 das Verhältnis der Einfuhr zur Ausfuhr ständig im Sinne eines Ausgleichs verbessert werden konnte, ergab das zweite Halbjahr 1935 die Erzielung eines Ausfuhrüberschusses. Die Schrumpfung der Außenhandelsumfänge auf dem Weltmarkt dürfte ihren Tiefstand erreicht haben, doch ist für Deutschland bereits eine im Verkehr mit den einzelnen Ländern sehr unterschiedliche Entwicklung festzustellen. Den Anregungen der Regierung folgend, gelang in zunehmendem Maße eine Verlagerung der Handelsbeziehungen nach denjenigen Ländern, die für deutsche Exportwaren aufnahmefähig waren. Der Absatzbelebung nach diesen Ländern standen in vielen Fällen höhere Einfuhrmengen und -werte gegenüber. Die deutsche Wirtschaft konnte jedenfalls den Erschütterungen der immer noch andauernden Weltwirtschaftskrise mehr und mehr ausweichen und von dieser Abstand gewinnen.

Es muß jedoch immer wieder mit Nachdruck betont werden, daß die tatsächlichen Ursachen für die auf dem Gebiete des Außenhandels notwendig gewordenen Maßnahmen jenseits der deutschen Grenzen zu suchen sind. Ausgehend von der Kündigung fast aller Deutschland gewährten mittel- und langfristigen Kredite im Jahre 1931, dem Mißerfolg der Londoner Weltwirtschaftskonferenz 1933 führt ein Linie zu allen anderen Demungen des Weltverkehrs, wie Autarkie, Einfuhrverboten, unüberwindlichen Schutzzöllen, Kontingenten, Währungsabwertung, Dumping, Exportsubsidien, zweiseitigen Clearingverträgen u. a. Diese unübersehbare Verwirrung des Weltmarktes stellt Deutschland vor die Notwendigkeit, seinen Anteil an internationalen Verkehr von sich aus zu ordnen und zu sichern.

Außenwirtschaft und Währung.

Daß hierbei der Güteraustausch nach der wirtschaftlichen Lage der einzelnen Länder voneinander abweichend gestaltet werden mußte, ergab sich nicht nur aus der Art der Produktion — Agrar- oder Industrieland — sondern es war auch die jeweilige Währungs-lage dieser Länder mitbestimmend. Den Goldländern stehen solche mit abgewerteter oder entwerteter Währung gegenüber. Ein schwer überbrückbarer Gegenlag ist zwischen devisenmäßig freien Ländern und solche mit staatlich gesteuertem Zahlungsverkehr vorhanden, bei dem das Ausmaß nach Art und Umfang sehr schwankt. Schließlich ist auch die innerstaatliche Geldverfassung mit Tendenzen deflatorischer oder inflatorischer Art für den Güteraustausch von Bedeutung. Aus dem Zwang dieser Verhältnisse haben sich die Clearingverträge und Kompensationsgeschäfte als Notbehelf entwickelt. Jeher Natur nach können sie nur zweiseitig sein, während der internationale Handel auf mehrseitige Betätigung nicht verzichten kann.

Bei der bestehenden Unmöglichkeit einer internationalen Währungsverständigung mußte Deutschland ähnliche Wege gehen, es hat Clearingverträge staatlichen oder bankartigen Charakters auch im vergangenen Jahre abgeschlossen und sich der Kompensationsgeschäfte bedient. Neuartige Ausblicke eröffnete hierbei der Clearingvertrag mit Belgien vom August 1935, nach dessen Präambel die Zahlungen im Warenverkehr wieder in den im internationalen Zahlungsverkehr üblichen Formen geleitet werden sollen. Hiernach sieht jedes Abkommen die Abwicklung der beiderseitigen Geschäfte in jeder Währung vor, während sein Vorbild, der deutsch-englische Vertrag vom November 1934, ausschließlich auf dem Pfund-Sterling beruhte.

An internationalen Bestrebungen und Versuchen zur Lösung des Problems der Währungsstabilisierung hat es im abgelaufenen Jahre nicht gefehlt. Diese Fragen standen wieder mehr im Vordergrund der außenwirtschaftlichen Diskussion, da der Kaufmann das Warenrisiko zusammen mit dem vielfach nicht übersehbaren Währungs- und Transferisiko auf die Dauer nicht tragen kann. Die für die Ordnung der Weltwirtschaft und die Währungsstabilisierung einberufene Pariser Tagung der internationalen Handelskammer im Juni vorigen Jahres vermochte bei der Fülle der vorhandenen Schwierigkeiten jedoch keine brauchbaren Pläne für eine Währungsverständigung vorzulegen. Sie konnte an die Regierungen vielmehr nur Empfehlungen von mehr handelspolitischen Wegen weitergeben, die geeignet scheinen, zu einer Wiederbelebung des Weltverkehrs zu führen.

Trotzdem sollte eine Gesamtlösung, die die wichtigsten Währungen in eine feste Beziehung zueinanderbringt, erstrebt werden, wobei allerdings die internationale Verschuldung vorher so bereinigt werden muß, daß sie den Ausgleich der Zahlungsbilanzen und die internationalen Kreditverflechtungen nicht mehr stören kann. Solange diese Regelung nicht durchführbar ist, muß sich Deutschland der bestehenden außenwirtschaftlichen Lage anpassen, wie es im Neuen Plan geschehen ist.

Nachdem die Kammer dann die Auswirkungen des neuen Planes als einer wirtschaftlichen Verteidigungsmäßnahme geschildert hatte, geht der Bericht zum Schluß auf die Weltwirtschaft und die Sanktionen ein.

Begründete Aussichten für eine Entspannung der Weltwirtschaftslage in absehbarer Zeit sind weniger denn je vorhanden. Infolge des offenen Ausbruchs des italienisch-abessinischen Konfliktes hat die Kriegsklausel

wieder ihren Einzug in die Konnossemente des Handels gehalten. Die vom Völkerverbund gegen Italien in Kraft gesetzten Sanktionen müssen in wirtschaftlichen Gefüge Störungen verursachen. Die zur Zeit steigende Preiskurve, nicht nur für kriegswirtschaftliche Güter, sondern auch für einen Teil der Rohstoffe und Lebensmittel, zwingt Deutschland dazu, seine Einfuhr teurer zu bezahlen. Die steigenden Rohstoffpreise gaben Veranlassung, den Export derartiger Rohstoffe, die nur durch über dem Exporterlös liegende Preisbewilligungen wieder beschafft werden könnten, weitestgehend durch Ausfuhrverbote im November d. J. zu unterbinden. Schon jetzt läßt sich feststellen, daß die Sanktionen, deren Umfang und Auswirkungen noch nicht abschätzbar sind, Misstrauen, Unsicherheit und Ungewißheit als unerwünschte Folgersehnungen hervorgerufen haben und weitere Erschwerungen der gegenwärtigen schon geschwächten internationalen Wirtschaftsbeziehungen bedeuten.

Bücher- und Zeitschriftenschau

Amerikas Schicksalsstunde. Von Dr. Colin Roß. Die Vereinigten Staaten zwischen Demokratie und Diktatur. — Rassefragen in USA. — Die Rache der Erde. — Huey Long, der Diktator. — „Ballyhoo“

Fast allgemein ist die Meinung verbreitet, daß das Volk der Vereinigten Staaten von Amerika unbegreiflich wohlhabender und „besser dran“ sei als das deutsche Volk. Der „reiche Onkel aus Amerika“ spukt noch in vielen Gehirnen, und Wundermärchen werden erzählt von Leuten, die nach Amerika ausfuhren und nach zwei oder drei Jahren als Millionäre heimkehrten. Da ist es sehr aufflußreicher, was uns ein so vorurteilloser Reisender wie Dr. Colin Roß über die tatsächlichen Verhältnisse in den USA erzählt, ein Mann, der sich nie gekümmert hat, die Wahrheit auszusprechen. In seinem neuen Buch: „Amerikas Schicksalsstunde. Die Vereinigten Staaten zwischen Demokratie und Diktatur“, das sechsen bei F. A. Brockhaus erscheint, zieht er schonungslos den Schleier von der Maske der Wohlhabenheit und Sättigung und enthüllt Amerikas wahres Antlitz, in das die Zeichen von Not und Entbehrung eingegraben sind. „Was nützt es“, so sagt Colin Roß in einem Kapitel seines Buches, „daß man in Amerika Faschismus und Nationalsozialismus herabsetzt, ohne etwas Besseres dafür zu haben, zumal die Massen unter der eigenen Demokratie nicht besser dran sind als in den Ländern, deren Regierungs-, Wirtschafts- und Lebensform man verkleinert.“ „Welchen

Wert besitzt eine Demokratie für die 70 bis 80 vom Hundert der Bevölkerung, die kaum ihren Lebensunterhalt verdienen, wenn die Reichtümer des reichsten Landes der Welt von zweitausend Menschen kontrolliert werden?“ Und eine andere Stelle: „Das heutige Amerika ist erschauend müde und alt. Kommt man aus dem von tausend neuen Ideen durchpflusterten und vor Zukunftsglauben febernden Europa auf die andere Seite des Atlantik, so hat man in keiner Weise mehr das Empfinden, in eine „Neue Welt“ versetzt zu sein.“ Amerika bietet sich dem Leser in dem neuen Buch also in einer ganz neuen Gestalt dar.

Eine der größten Sorgen von Uncle Sam ist die Rassenfrage. Hiermit ist nicht etwa nur der Gegensatz zwischen Weiß und Schwarz gemeint. Ein anderer Umstand ist vielmehr noch weit schwerwiegender — ihn bringt Colin Roß in einem Gespräch zum Ausdruck, das er mit dem Redakteur der Chicago Daily Tribune, der „größten Zeitung der Welt“, wie sie sich stolz nennt, im 24. Stock des Tribune Tower führt: „Wenn ich im Ausland einem Trupp amerikanischer Touristen begegne, so spricht er mich noch heimlich an, finde ich gewiß gemeinsame Züge heraus, die ich amerikanisch nennen kann, aber hier, in meiner eigenen Stadt...? Diese Hunderttausende dunkelhaariger interessanter Menschen sind mir fremd wie eine fremde Rasse.“ Der Redakteur schweigt einen Augenblick, dann fährt er fort: „Wissen Sie, daß Chicago die größte polnische Stadt auf der Erde ist? Nicht zu reden von den

Hunderttausenden von Tschechen, Slowenen, Magyaren, Italienern, Mexikanern und Griechen, die hier leben? Mit den Fremden, mit den Deutschen, mit den Skandinaviern ging es noch. Die wurden in ein bis zwei Generationen Amerikaner.“ Der Geist Amerikas, der Glaube an das angelsächsische Amerikantum als Ausdruck der höchsten Entwicklung ist heute erschüttert, das alte Ideal gestürzt, ein neues noch nicht aufgestellt. Das ist einer der Hauptgründe für die geistige Krise, die Amerika heute erlebt.

Die Zeit des tragesten Wirtschaftsegoismus geht auch in den Vereinigten Staaten allmählich ihrem Ende entgegen. Unabsehbare Verheerungen hat sie schon angerichtet, die furchtbaren Staubstürme, die weite Gebiete des Landes immer wieder bedrohen, sind eine ihrer Folgen. Das Land des berühmten und „gepriesenen“ Individualismus, der rücksichtslosen Wirtschaftsfreiheit sieht sich heute vor Fragen gestellt, die durch planmäßige Zusammenarbeit der Gesamtheit hätten vermieden werden können.

Colin Roß führt durch sein Buch auch einen in Europa unbekanntem Begriff ein: „Ballyhoo“. Ballyhoo kann man nicht übersetzen, man mag es als eine Verbindung von „Mode“ und „Senation“ bezeichnen. „Ballyhoo“ ist der große Kummel, der plötzlich um irgendeine Sache oder irgendeine Person gemacht wird, wobei die Klammern die Hauptrolle spielt. Da der Amerikaner zwar gewiß ein Individualist und auch ein tapferer Kerl ist, aber vier keinen Cent „Zivilcourage“ hat, bedeutet „Ballyhoo“ etwas sehr Ernstes. „Ballyhoo“ hat gezeigt, daß sich ein jeder der Leitung dieser 125-Millionen-Rasse bemächtigen kann, wenn er nur über die Mittel öffentlicher Propaganda gebietet, und wenn er es versteht, das Interesse auf einen Punkt zu sammeln.

Colin Roß eröffnet mit seinem außerordentlich fesselnden Buch keine allzu rosigten Aussichten für die einander blutsfremden Völker, die die Vereinigten Staaten bewohnen. Daß aber auch hier schon Kräfte walten, die auf der ganzen Welt am Werke sind, bezeugen seine Worte: „Der Glaube, der sie (die Vereinigten Staaten) geschaffen, ist verblasst, die Idee, auf der sie beruhten, tot. Sie sind heute eine Masse von gewaltiger Wucht, aber voll beunruhigender Spannungen. Sie mögen im Falle eines lebensgefährlichen Konfliktes zerspringen wie das Zarenreich, aber sie können auch im Feuer nationaler Not zusammenschweißen zu dem, was sie noch nicht sind, zum Land, zum Volk!“

Brasilien.

Ein Jahr im Urwald Brasiliens. Unter dieser Überschrift brachte die Zeitung „Execl-

sior“, S. Pauli, U. S. A., vom 10. Oktober 1935 folgenden Artikel:

„Ende Juni 1934, als in Brasilien der Winter eintrat, gelangten die „Rüßländer“ endlich ans Ziel ihrer langen Zirkfahrt, auf das Land, das ihnen der Zentral-Verein im Urwald erworben hatte. Es ist nun ein Jahr verfloßen, seitdem die Sardinier Gruppe rußlanddeutscher Flüchtlinge in Aguias eintraf, dank der ununterbrochenen Mähen des katholischen Zentral-Vereins und des Deutschen Caritas-Verbandes in Berlin. Die Siedlung befindet sich im Staate Santa Catharina, angrenzend an Rio Grande do Sul. In wirtschaftlicher und allen anderen Beziehungen, außer Leistung der Regierungsabgaben, ist die Siedlung bis heute ganz an Rio Grande do Sul gebunden, weil die Wege zur nächsten Eisenbahnstation in Santa Catharina, die 230 Kilometer von uns ab liegt, unmöglich zu befahren sind. Auch die nächste Station im Rio Grande-Gebiet liegt von uns in einer Entfernung von 240 Kilometern, doch ist dieser Weg leicht zu passieren, da hier jede Woche regelmäßiger Postverkehr zwischen Santa Barbara und Sao Carlos, 20 Kilometer von Aguias ab, mit Omnibus hergestellt wird. Somit beziehen wir auch alle Waren aus Porto Alegre und anderen Städten Rio Grande do Sul.“

In einer sehr traurigen und schweren Lage trafen wir vor Jahresfrist unsere Landsleute hier an, trotzdem sie schon vier Jahre seit 1930 angestellt waren. Der größte Teil von 45 Familien hatte nur sein spärliches Auskommen; Fett und Brot fehlte fast in jeder Familie, und die Leute wohnten noch alle in ganz primitiven Hütten. Der Mut der neuen Einwanderer fiel in den ersten Tagen gänzlich, und manche Familie wollte verzagen. Väter und Mütter standen mit Tränen in den Augen, in der Furcht, daß wir jetzt noch schlechter daran seien als in Sardinien (China). Ich konnte es den Leuten auch damals nicht übelnehmen, und mir wurde selbst schon bange, da ich wußte, daß die ganze Schuld im Falle einer schlechten Zukunft auf den Führer geschoben wird. Es gelang mir jedoch bald, die Gründe der Armut unter den Ansiedlern festzustellen, meine Gruppe zu beruhigen und an die Arbeit zu gehen. Der Anfang war schwer; wer ausdauert und arbeitet, bekommt aber auch seinen Lohn. Schon gegen Weihnachten tauchten hier und da Häuser auf für die Neusiedler, auch mehrere Altsiedler bauten zu gleicher Zeit ihre Tabakshütten auf. Bald kam ein Bettelver, welcher auch heute noch besteht. Die Neusiedler bestreben sich, den Altsiedlern vorzuzukommen, die Altsiedler wollen aber nicht zurückstehen, und so treibt einer den anderen.

Als wir am zweiten Tage nach unserer Ankunft hier in die Cooperativa (Konsumverein) kamen, da sah es auch sehr traurig aus. Auch da war die große Armut sehr bemerkbar. Außer etlichen zerbrochenen Spitzhaken und etwas Kleiderstoff war nichts vorhanden. Ein Mann hätte alles leicht auf dem Rücken heraufgetragen. Es sah wirklich danach aus, als müßte man im Urwald zugrunde gehen. Aber auch da gab es bald eine große Aenderung, und heute bereits sehen wir schon einen Konsumverein mit allen Bedarfsartikeln für den Kolonisten mit billigeren Preisen als in anderen Geschäften und guter Qualität. Es kostete große Mühe und Arbeit, bis alles auf gute Wege gebracht war...

Schluß folgt.

Anton Zischka: **Abeßinien, das letzte ungelöste Problem Afrikas.** Leipzig, Wilhelm Goldmann Verlag. 1935. 304 S. RM 5,50.

Die Italiener nennen Abeßinien das „letzte ungelöste Problem Afrikas“, die Engländer sprechen von ihm als Land der „Sklaverei“, den Franzosen ist das Land ein zweites Marokko. Abeßinien siehe heute da, wo 1905 Marokko gestanden habe. Die Aehnlichkeit ist allerdings unbestreitbar. Ein Kaiserreich, dessen verschiedene Vasallenstaaten dem Herrscher kaum gehorchen, dessen Armee eigentlich nur aus losen zusammengestellten Banden besteht, wenig Schulen, mittelalterliche Justiz, kurz ein Land, das größtenteils auf der Stufe des Mittelalters stehen geblieben ist.

Abeßinien geht uns alle an, wie Zischka richtig ausführt, weil nach den Worten von Sir Doare es Anlaß ist, das nationale Ausdehnungsbedürfnis nicht nur Italiens, sondern auch Deutschlands und Japans zu untersuchen. Vor allem aber deshalb, weil es niemals gewiß ist, ob ein Kolonialkrieg sich lokalisieren läßt.

Anton Zischka hat sich bemüht, ein wirklich objektives Bild des Landes zu entwerfen. Das ist ihm glänzend gelungen. Die Geschichte Abeßiniens und seine politische und wirtschaftliche Entwicklung in den letzten Jahrzehnten ist lebendig und ausführlich geschildert. Die wirtschaftspolitischen Zusammenhänge, die die Grundlage der heutigen Auseinandersetzung bilden, werden mit großer Sachkenntnis und eindringendem Verständnis dargestellt.

Unter den vielen Abeßinienbüchern nimmt das Buch von Zischka einen bevorzugten Platz ein, es wird durch seine fesselnde Darstellung und hervorragende Ausstattung sich überall Freunde erwecken.

Als Ergänzung des Zischka'schen Wertes ist im gleichen Verlag ein Silberband „Das ist Abeßinien“ erschienen. 112 S. Kunst- und Photographien. Es sind Aufnahmen vom Frühjahr und Sommer 1935. P. M.

Bücher der Politik.

Dawson, Christopher: Die wahre Einheit der europäischen Kultur. Aus dem Englischen von Karl Heinz Schmidhus. XV. 235 S. Regensburg Fr. Pustet.

Elsad Bei: Reza Schah, Feldherr, Kaiser, Reformator. Mit 26 Abb. 250 S. Wien und Leipzig. Dr. Rolf Basser. 1935.

Solowin, A.: Die Weltmacht Großbritannien. Wehrpolitische Betrachtungen zur Gegenwart. Aus dem Russischen von Fehr. v. Campenhausen. Mit 14 Kartenskizzen. 151 S. Berlin. R. Siegesmund.

Rühlmann, Richard von: Entwicklung der Großmächte vom Sturz Napoleon bis zur Gegenwart. 122 S. Verlag Siegesmund.

Amme, Ewald: Muß Rußland hungern? Verlag Wilhelm Braumüller Universitätsbuchhandlung Wien.

Abgeschlossen am 5. Januar 1936.

Haupt- und Verantwortlich für den gesamten Inhalt: Dr. Paul Mohr, Berlin-Lankwitz. — Kolonialpolitischer Mitarbeiter: Major a. D. Paul Schmoedel, Berlin-Zehlendorf. — Druck und Verlag: „Deutscher Lebensraum“ Druckerei und Verlagsanstalt G.m.b.H., Teltow/Mark, Adolf-Hitler-Straße 6, Ruf: 5.4 (Berlin-Zehlendorf) 1050. — Gerichtsstand ohne Rücksicht auf Streitwert und Objekt: Amtsgericht Berlin-Nichtersfelde. — Erfüllungsort: Teltow/Mark. D. N. III. Bj. 1500. Es gilt Anzeigenpreisliste Nr. 3 v. 1. 1. 35.



ADLERWERKE VORM. HEINRICH KLEYER AKTIENGESELLSCHAFT FRANKFURT A/M

**Das Zeichen
für den DL-Qualitätsdruck**



**Werke, Zeitschriften, Zeitungen
Geschäfts- und Familien-
Drucksachen**

„Deutscher Lebensraum“

Druckerei und Verlagsanstalt G. m. b. H.

Teltow b. Berlin, Adolf-Hitler-Str. 6